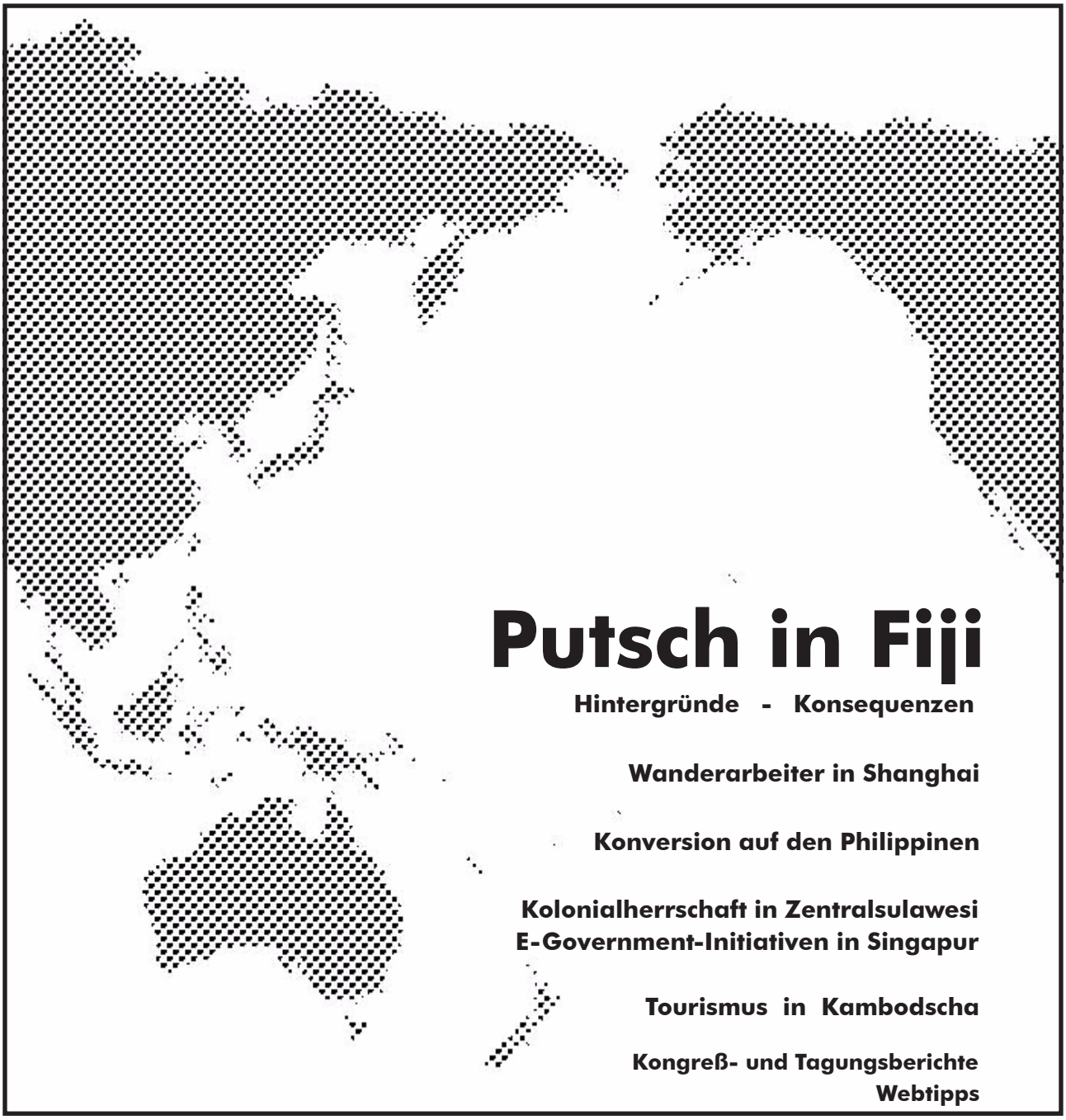
Nr. 15 - Dezember 2000 www.pacific-news.de ISSN 1435-8360

# Pacific News

Nachrichten - Mitteilungen - Hintergründe
aus dem Pazifischen Raum

Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V.



## Putsch in Fiji

Hintergründe - Konsequenzen

Wanderarbeiter in Shanghai

Konversion auf den Philippinen

Kolonialherrschaft in Zentralsulawesi
E-Government-Initiativen in Singapur

Tourismus in Kambodscha

Kongreß- und Tagungsberichte
Webtipps

Die **Pacific News (PN)**, ISSN 1435-8360, ist das periodisch erscheinende Informationsmedium der **Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V. (APSA)**.
Durch die interdisziplinäre Vielfalt der Artikel möchte die Pacific News ihren Lesern die Beschäftigung mit aktuellen Entwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum erleichtern; ferner ist es ein Bestreben der APSA, engagierten Nachwuchswissenschaftlern eine seriöse Publikationsplattform anzubieten.
Die Pacific News erscheint derzeit halbjährlich in Göttingen.
Interessierte Autoren können die Redaktion unter den angegebenen Adressen kontaktieren.

## Inhaltsverzeichnis


- „Ethische“ Kolonialherrschaft in Zentralsulawesi ..... *Robert Weber* 4
- Dörfliche Strukturen durch Einflüsse fremder Kulturen in Zentral-Bali ..... *Thorsten Hühn* 6
- Wanderarbeiter in Shanghai ..... *Claudia Wüllner* 9
- Konversion auf den Philippinen ..... *Volker Zimmer* 12
- Putsch in Fiji: Same procedure as every decade? ..... *Heiko Faust* 16
- Singapurs E-Government-Initiativen ..... *Paul Blazek* 19
- Der verlängerte Strand von Singapur ..... *Will Hammelrath* 21
- Tourismus in Kambodscha ..... *Christiane Heinen* 24
- Tagungsbericht: Arbeitskreis Südostasien in der DGfG ..... *Rolf Jordan* 26
- Praktikumsbericht: Das deutsch-indonesische Umweltprogramm der GTZ ..... *Claudia Kuhn* 27


## Impressum

*Herausgeber der Pacific News:*
Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V.
(APSA - www. apsa-goettingen.de)
c/o Geographisches Institut
Goldschmidtstr. 5
D-37077 Göttingen
Tel: +49-551-39.80.22
Fax: +49-551-39.12.140
Email: redaktion@pacific-news.de
(Email an Redaktion der Pacific News)

Vorstand:
*Prof. Dr. W. Kreisel (wkreise@gwdg.de)*
*Dr. C. Fensterseifer (cfensters@aol.com)*
*M. Waibel (mwaibel@gwdg.de)*

Redaktion:
*R. Jordan (V.i.S.d.P.)*
*M. Waibel*

Webtipps
*H.O. Franken*

Layout Printversion:
*J. Winter*
*M. Waibel*
*R. Jordan*

Layout Webversion:
*M. Waibel*

Photonachweis:
*W. Hammelrath*
*T. Hühn*
*C. Kuhn*
*C. Wüllner*
*V. Zimmer*

Postproduktion:
*J.Winter*

Die einzelnen Beiträge spiegeln nicht immer die Meinung der APSA wieder.

**Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe:**

**21.05.2001**

Senden Sie Kommentare und kritische Stellungnahmen sowie Artikel an:

Rolf Jordan (rojordan@hrz.uni-kassel.de)

oder:

Michael Waibel (mwaibel@gwdg.de)

# Editorial

Sowohl in ihrer inhaltlichen Ausrichtung als auch hinsichtlich des geographischen Fokus bietet die vorliegende 15. Ausgabe der **PACIFIC NEWS** diesmal ein sehr großes Spektrum: es reicht vom Rückblick auf die Putschereignisse in Fiji bis zu Arbeitsmigrationsprozessen in Chinas Millionenmetropole Shanghai, von der Umwandlung ehemaliger Militärstützpunkte in moderne Industrieparks auf den Philippinen zum Wandel dörflicher Strukturen auf Indonesisiens Urlaubsinsel Bali.

Im Rückblick auf die Ereignisse in Fiji beschäftigt sich *Heiko Fausts* Beitrag mit dem Putsch, der Mitte diesen Jahres die Südseeinsel in die Schlagzeilen der Weltpresse gebracht hatte, und geht der Frage nach, welche politischen, ökonomischen und nicht zuletzt auch sozialen Folgen damit verbunden sind. Der Artikel von *Robert Weber* zeichnet anhand einer kulturgeographischen Analyse der Memories de Overgave, der Übergabeprotokolle der einstigen niederländischen Kolonialbeamten, den kulturellen und sozialen Wandel Sulawsesis zu Beginn der Unabhängigkeit Indonesiens nach. In dem südostasiatischen Land ist auch der folgende Beitrag von *Thorsten Hühn* angesiedelt. Am Beispiel zweier Dörfer auf der Insel Bali geht er der Frage nach, wie das vielschichtige Zusammenspiel interner und externer Faktoren in den letzten Jahrzehnten zum Wandel der tradidionellen Dorfstrukturen geführt hat.

Im Anschluß an ihren Beitrag in der letzten Ausgabe der **PACIFIC NEWS** berichtet *Claudia Wüllner* diesmal über die Lebens- und Arbeitsbedingungen jener Wanderarbeiter, die auf der Suche nach einer Beschäftigungsmöglichkeit und einem besseren Leben in die chinesische Millionenmetropole Shanghai migrieren. Hier treffen sie auf eine Vielzahl diskrimierender Bestimmungen und Praktiken sowohl der städtischen Behörden als auf der Einwohner der Stadt. Der geographische Fokus des Beitrags von *Volker Zimmer*, eine überarbeitete Fassung seines Vortrages zur diesjährigen Jahrestagung des Arbeitskreises Südostasien in der DGfG (siehe auch den Tagungsbericht), liegt dagegen auf den Philippinen. Hier sind mit dem Abzug der US-amerikanischen Truppen eine Reihe großer, ehemals militärisch genutzter Liegenschaften freigeworden, die nun neuer Nutzungsformen zugeführt werden sollen. Der Autor zeichnet dabei die aktuellen Strategien und Visionen dieser Konversionsprozesse sowie ihrer wirtschafts- und arbeitsmatrktpolitischen Möglichkeiten nach.

Der südostasiatische Stadtstaat Singapur ist geographischer Fokus zweier weiterer Beiträge der vorliegenden Ausgabe der **PACIFIC NEWS**: *Paul Blazek* stellt in seinem Aufsatz neueste Initiativen der Singapurer Regierung vor, die Verwaltung der 3-Millionen Metropole verstärkt auf E-Government umzustellen, so dass die Bürger Verwaltungsangebote zukünftig umfassend über das Internet nutzen können. *Will Hammelrath* zeichnet die touristische Entwicklung der zu Indoneisen gehörenden Riau-Inseln Batam und Bintan vor dem Hintergrund der aktuellen tourismuswirtschaftlichen Entwicklungen Singapurs nach. Ebenfalls mit Tourismus beschäftigt sich der Beitrag von *Christiane Heinen*, die einen kurzen Überblick über Kambodscha als Reiseland gibt.

Auch die vorliegende Ausgabe der **PACIFIC NEWS** ist wieder mit einer ganzen Reihen von nützlichen Webtipps zur Region versehen, die unser Mitarbeiter *Olaf Franken* zusammengetragen hat. Abgerundet wird das Ganze durch einen Bericht von der diesjährigen Jahrestagung des Arbeitskreises Südostasien in der DGfG, die im Juli in Bonn stattfand, sowie einem Praktikumsbericht von *Claudia Kuhn* über das deutsch-indonesische Umweltprogramm der GTZ.

# Weptipp

**SFB 552: Stabilität von Randzonen tropischer Regenwälder in Indonesien**
*http://uggg-pc-s1.uni-geog.gwdg.de/loe/projekte/sfb552/index.html*

An der Georg-August-Universität Göttingen und die Universität Gesamthochschule Kassel wird ab 01.07.2000 der Sonderforschungsbereich 552 „Stabilität von Randzonen tropischer Regenwälder in Indonesien“ durchgeführt. Der SFB soll Prozesse der Destabilisierung am Waldrand erfassen und diejenigen Faktoren, Prozesse und Grundsätze analysieren, die die Stabilität der Waldrandsysteme ermöglichen.
Folgende Schwerpunkte sind langfristig Gegenstand des SFB:
Erforschung der Veränderungen der Landnutzungssysteme mit ihren Ursachen, sozio-ökonomischen Voraussetzungen und Konsequenzen, sowie ihre Auswirkungen auf Ökosystemfunktionen und Biodiversität; Entwicklung und Validierung räumlicher Szenarien der Veränderung natürlicher Ressourcen und gesellschaftlicher Nutzungsmuster in Regenwaldrandgebieten Zentralsulawesis, Indonesien.

# „Ethische“ Kolonialherrschaft in Zentralsulawesi

## Kulturgeographische Analyse der *Memories van Overgave*

***Robert Weber***

Seit etwa zwei Jahren lassen sich fast täglich Zeitungsmeldungen über Unruhen in den verschiedensten Provinzen des indonesischen Archipels finden. Zum besseren Verständnis dieser in den Medien oft vereinfachend als Religionskonflikte bezeichneten Ereignisse kann ein Blick in die Geschichte dienlich sein. In Bezug auf „klassische“ Krisengebiete Indonesiens wie Osttimor oder Aceh (Nordsumatra) liegen schon seit längerem auch wissenschaftliche historische Arbeiten vor. Die Provinz Zentralsulawesi (Sulawesi Tengah), wo Ende Mai 2000 bei Zusammenstößen zwischen Muslimen und Christen in Poso 123 Menschen getötet wurden und mehrere zehntausend Menschen im Nachbardistrikt Palu Zuflucht suchten[1], kann bislang nur auf sehr wenige internationale Arbeiten zur Geschichte verweisen. Dabei bildete bereits die Zeit der niederländischen Kolonialherrschaft in Indonesien (1602 bis 1942) den Grundstock verschiedener aus kultur- und sozialgeographischer Sicht interessanter Entwicklungen im unabhängigen Indonesien.

Die *Memories van Overgave*[2], Übergabeprotokolle der jeweils regional eingesetzten Kolonialbeamten stellen für Zentralsulawesi die einzigen Quellen dar, die ein detailiertes Bild von der Kulturlandschaft dieser Region während der Kolonialzeit geben.

Während die niederländische Vereenigde Oostindische Compagnie (VOC) ab 1602 begann, den südostasiatischen Raum für ihren Gewürzhandel zu erobern, blieb Zentralsulawesi bis Ende des 19. Jahrhunderts von europäischen Einflüssen unberührt. Statt dessen regierten im küstennahen Gebiet islamische Fürstentümer, welche mit der animistischen Bergbevölkerung des Landesinneren in Austauschbeziehungen standen.

Nach dem *cultuurstelsel*, einem seit 1830 auf Zwangsarbeit und Exportproduktion basierenden Kultivierungssystem und der Phase der wirtschaftlichen Liberalisierung seit 1870 wurden gegen Ende des 19. Jahrhunderts Stimmen nach einer gerechteren Kolonialpolitik immer lauter. Im niederländischen Leiden propagierte ein akademischer Zirkel eine ethische Kolonialpolitik. 1899 verfasste C. Th. van Deventer den Artikel *Een Eereschuld*, in dem er eine finanzielle und moralische Wiedergutmachung für die Bevölkerung der Kolonie einforderte. Nachdem schließlich selbst die niederländische Königin die Ethik in ihrer Thronrede von 1901 hervorgehoben hatte, schien der Weg für ein neues Kapitel der niederländischen Kolonialgeschichte, die Ära der *Ethische Politiek* frei zu sein.

Die folgenden drei Jahrzehnte können als die für Indonesien folgenreichsten eingestuft werden. Ab dem 20. Jahrhundert wurden die sog. Außenbesitzungen (*Buitenbezittingen*) der Kolonie, also alle Inseln außer Java und Südsumatra, durch das Militär „befriedet“ und der niederländischen Kolonialverwaltung nun auch faktisch unterworfen.

Zentralsulawesi wurde 1906 militärisch unterworfen und durch sog. *Korte Verklaringen* (Kurzverträge) der niederländischen Krone verpflichtet.

Bei den nachfolgenden Eingriffen der Niederländer in alle Bereiche der Kulturlandschaft Zentralsulawesis wurde die „ethische“ Grundlage dieser Maßnahmen von den Kolonialbeamten gerne als Merkmal einer „Wohlfahrtspolitik“ erwähnt, mit der sich die Niederlande gegenüber den anderen europäischen Kolonialmächten positiv abheben wollten.

Die *Memories van Overgave* belegen diese Haltung deutlich. Ebenso offenbaren diese Quellen aber auch den wahren Charakter der niederländischen Kolonialpolitik des frühen 20. Jahrhunderts und enttarnen die „ethische“ Politik als ‚trojanisches Pferd’ für die eigentlichen Ziele der Niederländer. So wurde auch in Zentralsulawesi einerseits versucht, die Region an den Weltmarkt anzubinden, um möglichst hohe Exporterträge zu erzielen. Andererseits sollten lokale Führungseliten „herangezüchtet“ werden, die, mit dem Kolonialstaat in Loyalität verbunden, die Macht der Niederländer im Archipel auf lange Zeit stützen sollten.

Die landwirtschaftliche Produktion wurde in Zentralsulawesi, anders als auf Java oder Sumatra, auch unter niederländischer Führung nicht auf Plantagen betrieben. Statt dessen wurden alte Nassreisfelder wiederbelebt und ein umfangreiches Bewässerungssystem, vor allem östlich des Palu-Flusses angelegt. Der Pflug zur effektiveren Bearbeitung der Felder wurde 1930 in Zentralsulawesi eingeführt. Doch nur langsam ließen sich die Bauern von der traditionellen Bodenbearbeitung durch Wasserbüffel abbringen.

Das Wegenetz wurde genau in jenen Gebieten ausgebaut, die im ökonomischen Interesse der Kolonialmacht standen, nämlich den Hauptanbaugebieten der Exportagrargüter. Mit einher ging die zunehmende Motorisierung des Landverkehrs.

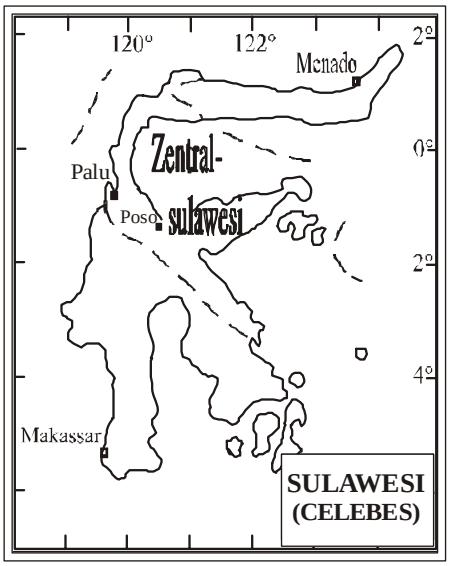
Wurde die einheimische Bevölkerung anfangs noch gezwungen, pro Haushalt 50 Kokospalmen anzupflanzen, entdeckten die Menschen bald schon die mate-

riellen Vorteile des Anbaus des Kokospalmenproduktes Kopra als Exporterzeugnis. Einige Kolonialbeamte erwähnen in ihren Übergabeprotokollen, dass die übermäßige Produktion von Kopra – een voornaam artikel van uitvoer – die Subsistenzproduktion stark zurückdrängte. Erst mit den schwindenden Absatzmöglichkeiten für Produkte aus den Kolonien im Zuge des 2. Weltkriegs verringerte sich das Anbauvolumen von Kopra.

Zu diesem Zeitpunkt hatte allerdings schon eine fortschreitende Einbindung der Gesellschaft in die koloniale Geld- und Warenwirtschaft stattgefunden, die von Zentralisierung und Anonymisierung der Herrschaftsverhältnisse begleitet wurde. Auch das Marktwesen fand unter der niederländischen Präsenz einen Aufschwung. Anders als im Ostteil Zentralsulawesis hatten die insbesondere buginesischen Einwanderer aus Südsulawesi in der hier untersuchte Region südlich der heutigen Provinzhauptstadt Palu allerdings schon vor 1900 das Marktwesen eingeführt.

Der umfangreiche Aufbau eines Schulsystems und die Missionierungsunternehmungen der Heilsarmee dienten vornehmlich der bereits erwähnten Bildung lokaler Eliten. Hierbei standen die niederländischen Kolonialherren jedoch vor einem Dilemma. Einerseits wollten sie möglichst große Teile der Bevölkerung zum christlichen Glauben bekehren. Andererseits nutzen sie die alten islamischen Potentaten als sog. *Zelfbesturer*. Die verwaltungstechnische Unterteilung in Selbstverwaltungen ermöglichte den Niederländern somit eine Form der indirekten Herrschaft durch die von der Bevölkerung bereits vertrauten Autoritäten.

Vorläufer der unter Soeharto durchgeführten staatlichen Umsiedlungspro- (*transmigrasi*) von Java nach Kalimantan, Maluku oder auch Sulawesi ist für die Region Zentralsulawesi die Ansiedlung einer christlichen Javanerkolonie in Kalawara Naputih 1906. Die Bewohner der von der Heilsarmee unterhaltenen Siedlung sollten die einheimische Bevölkerung mit moderneren Anbaumethoden bekanntmachen. Das Projekt schlug aus verschieden Gründen fehl, seien es das Missmanagement der Heilsarmee oder die Unzufriedenheit der Kolonisten, von denen viele aus der Kolonie flohen und ihr Glück u.a. in Palu versuchten.




**Übersichtskarte Sulawesi**

Massive Umsiedlungen nahmen die Niederländer auch innerhalb der Region vor. Als ein Beispiel wurde zum Schutz des Waldbestands die Brandrodungsfeldbau betreibende Bevölkerung zahlreicher Bergdörfer in das Palutal umgesiedelt, wo sie Nassreisfelder anlegen sollte. Auch hier mussten die Kolonialherren sehr bald feststellen, dass eine Umsiedlung gegen den Willen der Menschen und eine Aufnötigung neuer landwirtschaftlicher Produktionsmethoden zu keinen positiven Resultaten führen können. Daher wurden für diese Menschen in den Bergwäldern Enklaven eingerichtet, innerhalb derer sie Brandrodung betreiben konnten.

Die geschilderten Eingriffe der Niederländer bestätigen, wie von Anfang an von europäischer Seite versucht wurde, die sog. Äußeren Inseln an das Zentrum Java bzw. an den Kolonialstaat zu binden und zugleich die neuen Herrschaftsverhältnisse durch bürokratische Barrieren und die Einbindung der Bevölkerung in die Weltwarenwirtschaft zu anonymisieren und zu sichern.

Betrachtet man also, auf welche Weise während der niederländischen Kolonialzeit, aber auch nach der Unabhängigkeit – speziell unter Soeharto -in Form eines Neokolonialismus in die Kulturlandschaft Zentralsulawesis eingegriffen wurde, erscheinen aktuelle Ereignisse sofort unter einem anderen Licht. Der Jahrhunderte lange Versuch, den indonesischen Archipel in ein einheitliches, Java-zentriertes Format zu pressen (*satu negara, satu, bangsa, satu bahasa* – ein Staat, ein Volk, eine Sprache), offenbart mit der Schwächung der Zentralstaatlichkeit seit dem Sturz Soehartos die tönernen Füßen, auf welchen die Identität der indonesischen Nation ruht.

Stand: Oktober 2000

**Verweise**

[1] *Vgl. The Straits Times v. 12.6.2000)*

[2] *Die Memories van Overgave (MvO) existieren für die gesamten niederländischen Kolonien und befinden sich als Microfiches im Algemeen Rijksarchief in Den Haag. Für diese Untersuchung wurden die MvO MMK 303, 304, 305, 308 und KIT 1198, 1202, 1203, 1206 ausgewertet.*

Robert Weber [rweber@gwdg.de] ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geographischen Institut der Georg-August-Universität in Göttingen. Er arbeitet im Rahmen des Sonderforschungsbereiches 552 „*Stability of Rainforest Margin Areas in Indonesia*“ an einer Promotion über die Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung im Randbereich des Lore Lindu Nationalparks in Zentralsulawesi, Indonesien.

# Dörfliche Strukturen durch Einflüsse fremder Kulturen in Zentral-Bali

*Thorsten Hühn*

Durch die neuen Medien wird in der heutigen Zeit ein stärkeres Augenmerk auf sogenannte „Krisenregionen“ und die dort auftretenden Veränderungen geworfen. Der Massentourismus aus aller Welt rückt besonders Bali ins Zentrum des Weltinteresses, wenn man einerseits die politischen Veränderungen in Indonesien und anderseits die Übergriffe auf Touristen auf Balis Nachbarinsel Lombok betrachtet. Auf dieser Insel ist zu beobachten, dass durch äußere Einflüsse die historisch gewachsenen traditionellen Siedlungen in uneinheitlicher und ungleichmäßiger Weise umstrukturiert werden.

Die heutigen dörflichen Strukturen in Zentral-Bali wurden durch unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen Einflussfaktoren ausgebildet. Die Ausgangssituation dieser Siedlungen kann durch vier wichtige Standortbedingungen charakterisiert werden:

(1) Naturräumliche Gegebenheiten

(2) Kulturelle Gegebenheiten

(3) Wirtschaftliche Gegebenheiten

(4) Siedlungsstrukturelle Gegebenheiten

Die Intensität dieser vier Faktoren und deren Ausprägung ergibt für jede Siedlung ein charakteristisches Ausgangsmuster. Durch Einflüsse von unterschiedlichen Akteuren werden im Laufe der Zeit die Standortfaktoren verändert und es bilden sich immer wieder neue Muster heraus, die als Startposition für die nächsten Entwicklungsschübe anzusehen sind.

Welches sind nun die Träger des dörflichen Strukturwandels und welches sind die durch sie bedingten Veränderungen und Wandlungen in den Siedlungen Zentral-Balis?

Als Akteure können drei große Gruppen unterschieden werden:

(1) Internationale Akteure (z.B. Touristen, Geschäftsleute, sog. Aussteiger)

(2) Intralokale Akteure (z.B. Zentralregierung in Jakarta, nicht-balinesische Distriktvorstände, nicht-balinesische Familienclans, Migranten von anderen Inseln)

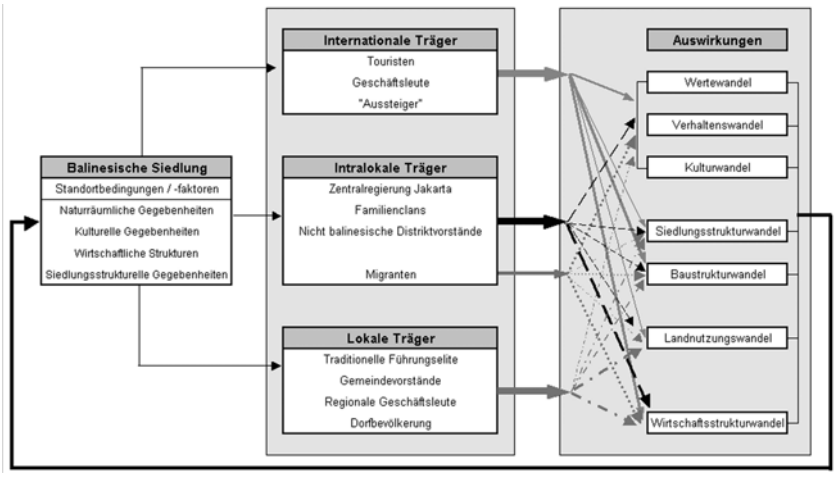
(3) Lokale Akteure (z.B. traditionelle Führungseliten, neue politische Eliten, regionale Geschäftsleute, Dorfbevölkerung)

Die verschiedenen Akteure beeinflussen das Wirkungsgeflecht der dörflichen Siedlung mit unterschiedlichen Zielvorstellungen und damit unterschiedlichen Faktoren (s. Modell). Hierbei ist für jede Siedlung aufgrund der verschiedenartigen Verläufe des Strukturwandels und des heutigen Entwicklungsstadiums ein eigenes Wirkungsgefüge anzusetzen, während bestimmte Strömungen und Einflüsse jedoch im historischen Kontext auf alle Siedlungen einwirkten. Bestimmte Einflussgrößen wirken zumeist in gleichen Zeiträumen mit ungleicher Intensität auf die zentral-balinesischen Siedlungen ein. Die Akteure sind zumeist nur schwer voneinander abzugrenzen und zwischen diesen bestehen ebenfalls Wirkungs- und Abhängigkeitsgeflechte, die jedoch bei der jetzigen Betrachtung unberücksichtigt bleiben sollen. Die Aktionen der einzelnen Träger können dabei sowohl verstärkend als auch gegensätzlich wirken.

Im historischen Verlauf sind die ersten Akteure des dörflichen Strukturwandels die intralokalen Träger. Durch die Eroberung Balis 1343 durch das javanische Königreich Majapahit wurde die traditionelle balinesische Dorfstruktur stark überprägt. Strukturen aus der Zeit vor der Eroberung sind in Zentral-Bali kaum noch anzutreffen. Die Flucht der politischen Eliten aus Ostjava nach Bali vor den expandierenden moslemischen Königreichen bewirkte einen weitreichenden politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Wandel auf Bali.

Aufgrund der mitgebrachten Glaubensvorstellungen der Eroberer wurden spezielle hinduistische Anlagemuster für die Errichtung der neuen Siedlungen verwendet. Die lokale Bevölkerung assimilierte den hinduistischen Glauben und integrierte diesen in alle Lebensbereiche. Diese Muster sind heute noch die tragenden Elemente der dörflichen Strukturen, die durch weitere Akteure in der

**Modell des Wirkungsgefüges**



Folgezeit variiert wurden.

Durch die Kolonialisierung griffen die internationalen Akteure verstärkt in die dörflichen Strukturen Zentral-Balis ein. Die damalige kolonialpolitische Grundeinstellung führte nur zu geringen Veränderungen, jedoch brachte der mit der Kolonialisierung einsetzende Tourismus neue Ideen in die zentral-balinesische Region. Die ersten vereinzelten Touristen bewirkten dabei nur punktuelle Veränderungen in wenigen Regionen Balis (VICKERS, 1989). Im heutigen Globalisierungsprozess sind neben dem verstärkten Massentourismus auch die neuen Medien und die wirtschaftlichen Interessen einzelner internationaler Geschäftsleute von Bedeutung.

Internationale Geschäftsleute suchen zumeist nach neuen Produktionsstätten und Investitionsmöglichkeiten. Neben dem touristischen Wirtschaftssektor sind in Zentral-Bali spezielle kunsthandwerkliche Interessen zu nennen. Durch die gezielten Anforderungen und Bedürfnisse der Herkunftsregionen verwandelt sich die wirtschaftliche Ausrichtung der Bevölkerung. Traditionelle Muster werden den neuen finanziellen Anreizen untergeordnet und es kommt zu weitreichenden siedlungs- und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen. In den Anfängen zentralisierten sich die Einflüsse der Tourismusindustrie auf einige wenige Regionen mit wichtigen Pullfaktoren (PICARD, 1996). Die größere Mobilität der Touristen auf Bali und der Anstieg der Besucherzahlen wirkte allerdings fortan sich flächendeckender aus. Die finanziellen Anreize bewirken eine Umstellung der wirtschaftlichen Strukturen in den frequentierten Regionen. Die vorgelebten Lebensweisen und die Verbreitung der neuen Medien (Radio, TV, Internet) bewirken einen Werte- und Verhaltenswandel in der balinesischen Bevölkerung.

Durch das Interesse der externen Gruppen werden die intralokalen Akteure verstärkt angeregt. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich aus den erhöhten Besucherzahlen ergeben, bewirkten eine zielgerichtete Veränderung der Standortfaktoren durch die Zentralregierung in Jakarta und deren z.T. nicht-balinesischen Distriktvertreter auf Bali. Durch Ausweisung bestimmter Zielregionen wurden in der Startphase bestimmte Regionen bevorzugt. Den Investitionen, die zumeist durch nicht-balinesische Investoren (Familienclans wie z.B. die Familie des ehemaligen Präsidenten Suharto) durchgeführt wurden, lagen überwiegend finanzielle Interessen zugrunde. Infolge dessen blieben kulturelle und religiöse Strukturmuster unberücksichtigt. Aufkeimender Unmut der lokalen Bevölkerung wurde unterdrückt, wie das Beispiel des Baus einer Golf- und Hotelanlage innerhalb der Bannmeile des Tempels Tanah Lot gezeigt hat.

Die dörflichen Strukturen in Zentral-Bali blieben von den intralokalen Akteuren jedoch weitestgehend unberührt und die Veränderungen beschränkten sich nur auf vereinzelte Standorte. Weitreichende Eingriffe sind zumeist nur am Ausbau des Infrastrukturnetzes erkennbar. Die stärksten Träger der intralokalen Einflüsse sind und waren dagegen die Wirtschaftsmigranten von den zumeist moslemischen Nachbarinseln (verstärkt aus Ostjava). Die als billige Arbeitskräfte in der Bauindustrie nach Bali eingewanderten Moslems siedelten sich zumeist in Randlagen der balinesischen Siedlungen an. In diesen neuen Siedlungsformen werden die traditionellen dörflichen Siedlungsstrukturen nicht mehr berücksichtigt.

Die Einwanderung von Pachtbauern in die dörflichen Regionen Zentral-Balis bewirkten zudem weitreichende Veränderungen im kulturellen und religiösen System der Siedlungen. Die wichtigen religiösen Riten und Opfergaben werden von den moslemischen Bauern nicht mehr durchgeführt, wodurch die Dorfgemeinschaft aus dem religiösen Gleichgewicht gebracht werden kann. In der traditionellen balinesischen Vorstellungswelt werden dadurch die dämonischen Einflüsse verstärkt. Dieses könnte einen verstärkten Verhaltenswandel der traditionellen Bevölkerung in Zentral-Bali bewirken.

**Einfache Einzelhandelsstruktur mit nur teilweiser touristischem Warenangebot in Bedulu 1993**

Die letzte Gruppe der Akteure sind die lokalen Träger. In den ersten Entwicklungsphasen waren die traditionellen Führungseliten die Hauptakteure der Veränderung. Durch die Unabhängigkeit Indonesiens wurden zusätzlich die neuen politischen Eliten wichtige Träger für den Wandel auf Bali. Beide Gruppen förderten hierbei die Ansiedlung bestimmter Wirtschaftszweige in den Siedlungsräumen, um am Wirtschaftswachstum zu partizipieren. Die lokalen Träger haben jedoch zumeist ein größeres Interesse an der Erhaltung der traditionellen Strukturen, da ihre besondere Stellung vorrangig auf diesen basiert. Die höheren finanziellen Einkünfte bedingen jedoch üblicherweise auch einen veränderten Lebensstil, der sich häufig an westlichen Wert- und Verhaltensvorstellungen orientiert. Dieser vorgelebte neue Lebensstil überträgt sich auf die restliche Bevölkerung, da die traditionellen und politischen Eliten eine Vorbildfunktion innehaben.

Anhand der beiden zentral-balinesischen Siedlungen Ubud und Bedulu soll eine vermutete zeitliche und strukturelle Wirkungsabfolge aufgezeigt werden.

Die beiden Orte befinden sich am süd-

**Beispiel für die fortgeschrittene touristische Angebotsinfrastruktur in Ubud 1993**

lichen Hang des Vulkans Batur. Sie liegen ca. 4 km voneinander entfernt und werden durch ein Flusstal getrennt. Die Region ist vermutlich die historische Keimzelle des vorhinduistischen Balis, welches durch viele Funde belegt werden kann. Das letzte nicht hinduistische balinesische Königreich befand sich vermutlich in Bedulu. Die naturräumlichen Gegebenheiten sind nahezu identisch. Beide Orte werden von Nassreiskulturen umschlossen.

Die ersten intralokalen Eingriffe (s.o.) veränderten das dörfliche Anlagesystem in beiden Siedlungen. Die politische Bedeutung verschob sich durch die Eroberung des Königreiches Bedulu. Das durch die politische Veränderung mächtiger gewordene Fürstenhaus in Ubud bewirkte eine Verlagerung des Entwicklungspoles in der Region.

Durch die ersten Touristen wie den deutschen Maler Walter Spies wurde Ubud ab 1927 in der Welt als künstlerisches Zentrum Balis bekannt. Die durch die lokalen Eliten geförderte Ansiedlung des Malers in Ubud bewirkte erste Impulse zur Anlage einer touristischen Infrastruktur (Hotelanlage) im westlichen Siedlungsgebiet. Die Förderung der Künste durch die Künstlerschule Pita Maha verstärkte den Eindruck des künstlerischen Zentrums in Südbali. Dieses Bild wurde sowohl durch die internationalen, intralokalen als auch die lokalen Akteure verbreitet. Infolge des Anstiegs der Besucherzahlen wurden weitgreifende Veränderungen in der dörflichen Struktur vorgenommen.

Der Ausbau des Tourismussektors durch intralokale und lokale Gruppen wurde verstärkt vorangetrieben. Die Bevölkerung wurde durch das aufgebaute Image dazu animiert, Ateliers und Kunsthandwerksbetriebe aufzubauen. Das damit verbundene höhere Einkommen und die durch die Touristen eingetragenen Lebensanschauungen bewirkten einen starken Wandel in allen Bereichen der dörflichen Struktur, wie z. B. die Öffnung der traditionellen Gehöftmauern zur Anlegung eines von außen zugänglichen Verkaufsraumes.

Im benachbarten Bedulu waren bis vor einigen Jahren solche Einflüsse nicht feststellbar. Der Ausbau der Infrastruktur und der Versuch, neue Attraktionen für die Touristen zu schaffen, bewirkte im westlichen Siedlungsgebiet von Bedulu eine wirtschaftliche Strukturveränderung durch den Ausbau der Tempelanlage Goa Gaja. Die Auswirkungen auf die dörflichen Strukturen waren jedoch aufgrund der Randlage dieser kulturhistorischen Anlage nur gering. Die stärksten Träger der Veränderung in Bedulu sind die intralokalen Akteure, speziell die moslemischen Migranten aus Ostjava. Die Ansiedlung kleinerer Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe entlang der ausgebauten Verkehrswege verschob die dörflichen Anlage- und Wirtschaftsmuster Bedulus. Neben diesen führt die Ansiedlung moslemischer Bauern im Zentralgebiet zur Teilung der Siedlung. Die traditionellen Riten werden nur begrenzt durchgeführt, wodurch eine Entfremdung von der eigenen Kultur einhergehen kann.

Anhand dieses Beispiels wird deutlich, wie unterschiedlich die Entwicklung zweier vormals ähnlich strukturierten Siedlungen in Zentral-Bali, die von unterschiedlichen Trägern mit ungleicher Intensität und verschiedenen Zielvorstellungen beeinflusst worden sind, sein kann. Die durch diese Veränderungen hervorgerufenen Entwicklungen könnten einen tieferen Wandel der balinesichen Kultur bewirken, welchen es noch stärker zu untersuchen gilt. Die neuen Verhaltensmuster, die sich z.B. in Ubud bei den jüngeren Generationen herausbilden, bewirken möglicherweise einen Generationenkonflikt, wie wir ihn bereits in Europa beobachten können. Zum momentanen Zeitpunkt und Forschungstand können darüber jedoch nur spekulative Aussagen getroffen werden. Die Standhaftigkeit der noch intakten, jedoch bereits veränderten dörflichen Struktur Balis bleibt abzuwarten.

Stand: Oktober 2000

**Quellen:**

*Budihardjo, E. (1990): Architectural conservation in Bali. Yogyakarta 1990.*
*Hühn, T. (1995): Desa Bedulu – Funktions- und Strukturwandel einer südbalinesichen Siedlung. Hamburg 1995.*
*Kantor Statistik Pusat Bali. Denpasar 1993.*
*Monografi Desa Bedulu. Bedulu 1990.*
*Picard, M. (1996): Bali. Cultural tourism and touristic culture.Singapore 1996.*
*Post, U. (1995): Die Bedeutung des Ferntourismus für den Ort Ubud auf Bali, Indonesien. Hamburg 1995.*
*Vickers, A. (1989): Bali a paradise created. Sydney 1989.*

Dipl.-Geogr. Thorsten Hühn (thhuehn@aol.com) studierte an der Universität Hamburg Geographie, Indonesische Sprachen und Kultur sowie Bodenkunde. Im Rahmen seiner Diplomarbeit beschäftigte er sich mit Entwicklungen auf der Insel Bali und in Indonesien.

# Wanderarbeiter in Shanghai

## Ein Leben außerhalb der städtischen Gesellschaft

*Claudia Wüllner*

Shanghai, chinesisches Handelszentrum und moderne Metropole an der Mündung des Yangzi-Flusses, ist mit gut 13 Millionen Einwohnern die größte Stadt der VR China. Die Stadt Shanghai und der Großteil der Shanghaier gehören zu den Gewinnern des ökonomischen Reformprozesses. Der wirtschaftliche Aufschwung und Reichtum ist überall in der Stadt sichtbar. Dies hat eine Magnetwirkung auf die Bewohner der peripheren Gebiete zur Folge. Täglich strömen Menschenmassen, meist Bauern, in die Stadt, in der Hoffnung, am Wohlstand partizipieren zu können. Rund drei Millionen der sogenannten Wanderbevölkerung (liudong renkou) leben in Shanghai. Der Großteil von ihnen sind temporäre Arbeitsmigranten, die insbesondere in den Bereichen Bauwirtschaft, Handel und Dienstleistung eine Beschäftigung finden.

Obwohl die Wanderarbeiter in der Stadt leben und arbeiten dürfen, sind sie zugleich von vielen Privilegien städtischer Bewohner ausgeschlossen, sehen sich diskriminierenden Verordnungen und Vorurteilen ihrer Mitbürger gegenüber. Als marginalisierte Gruppe führen Wanderarbeiter ein Leben unter erschwerten Bedingungen in der Stadt: die Arbeit ist hart, die Entlohnung gering. Sie leben in armen Verhältnissen und fallen völlig aus dem Netz der sozialen Sicherung heraus. Einerseits haben die Wanderarbeiter durch den Einsatz ihrer billigen Arbeitskraft einen entscheidenden Anteil am ökonomischen Aufschwung Shanghais, andererseits sind sie dort nicht gern gesehen. Vorurteile begegnen ihnen allerorten. Sie werden verantwortlich gemacht für steigende Kriminalität und für „dreckig und ungebildet“ gehalten. Dabei wird selten hinterfragt, unter welchen Umständen sie leben müssen.

**Registrierung**

Die Diskriminierung beginnt bereits auf der Verwaltungsebene. Laut Gesetz müssen alle Personen, die von außerhalb in die Stadt Shanghai kommen, diverse Formalitäten erledigen. Wer sich länger als drei Tage in der Stadt aufhält, ist verpflichtet, sich beim Amt für öffentliche Sicherheit zu melden und registrieren zu lassen. Gegen eine Gebühr von RMB 15 (dies entspricht derzeit DM 4) erhält der Antragsteller eine temporäre Aufenthaltsgenehmigung (*zanzhuzheng*), die drei Monate gültig ist und danach verlängert werden muss. Bei der Registrierung muss eine Bescheinigung vom Heimatort vorgelegt werden, die bestätigt, dass derjenige dort gemeldet ist. Des weiteren ist ein Geburtenplanausweis vom Heimatort vorzuweisen. Um in Shanghai offiziell arbeiten zu dürfen, wird eine Arbeitsgenehmigung benötigt. Die Migranten, die auf den diversen Märkten der Stadt kleine Verkaufsstände betreiben, müssen sich eine Handelslizenz erteilen lassen. Das aufwendige Verwaltungsprozedere erschwert den Migranten die offizielle Anmeldung in der Stadt. Zudem fallen bei jedem Verwaltungsgang Gebühren an. Die Folge ist, dass viele Migranten (ca. 50%) sich nicht offiziell registrieren lassen. Dies wird anhand der unterschiedlichen Statistiken zur Anzahl der Migranten deutlich. Während die offizielle Statistik des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit für das Jahr 1997 von 1,45 Millionen Zuwanderern spricht, weist eine umfassende Studie der Stadt Shanghai in Zusammenarbeit mit der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften die Zahl von 2,76 Millionen aus [1][2].

**Wohnen**

Da die Wanderarbeiter keinen regulären Wohnsitz in Shanghai haben, haben sie keinerlei Anspruch auf Zuteilung einer Wohnung oder Vergünstigungen für Wohnraum. Sie müssen - wenn sie nicht in einem Wohnheim der Arbeitsstelle oder im Schuppen auf der Baustelle unterkommen - sich selbst eine Unterkunft suchen und dafür hohe Mieten bezahlen. Häufig wird durch Vermittlung von Bekannten und Verwandten die erste Unterkunft gefunden. Meist teilen sich

**Typischer Wohnschuppen für Wanderarbeiter an einer Baustelle in Shanghai**

mehrere Personen eine kleine Wohnung, oft auch nur ein Zimmer. Die Zimmer sind sehr klein, von geringem Komfort und oft ohne die Möglichkeit der Küchen- oder Badbenutzung. Die Migranten versuchen, mit Landsleuten, Verwandten oder Freunden zusammenzuwohnen oder sich zumindest im selben Viertel anzusiedeln. Die Politik der Stadt Shanghai zielt jedoch darauf ab, größere Konzentrationen von Migranten in Form von reinen Migrantensiedlungen zu unterbinden, um so mögliche autonome Strukturen der Selbstverwaltung durch die Migranten zu verhindern. In Shanghai finden sich daher keine typischen Migrantensiedlungen wie beispielsweise das Zhejiang-Dorf in Beijing.

Laut Angaben der von der Stadt Shanghai durchgeführten Untersuchung für 1997 haben 51% der Migranten Wohnraum gemietet, 25% leben in Wohnheimen und Bauschuppen, 16% wohnen bei Städtern zur Untermiete und die restlichen 8% verteilen sich auf andere Formen (u.a. selbst errichtete Schuppen) [1]. Der Mietwohnraum wird größtenteils privat von den Städtern zur Verfügung gestellt, was für diese ein sehr lukratives Geschäft darstellt. Viele Städter vermieten den Migranten ihre alten, renovierungsbedürftigen Wohnungen zu "Wucherpreisen" und ziehen dann selbst in staatlich subventionierte Neubauwohnungen. Die Kosten für die Mietwohnungen/-zimmer betragen durchschnittlich RMB 300. Das entspricht annähernd der Hälfte des durchschnittlichen Monatslohns der Migranten.

Größere Unternehmen (z.B. Joint Ventures) unterhalten Wohnheime für die Wanderarbeiter. Die Wohnbedingungen sind dort kaum besser als in privaten Unterkünften. Zum Teil wohnen auf engstem Raum 20 und mehr Personen in Etagenbetten ohne jegliche Privatsphäre. Jeder hat lediglich sein Bett, auf dem oft auch alle privaten Gegenstände verwahrt werden.

Frauen, die in privaten Haushalten als Hausmädchen (*baomu*) arbeiten, wohnen i.d.R. in dem jeweiligem Haushalt. Ihre Wohnsituation ist stark abhängig von der ihres Arbeitgebers. Meist haben die Frauen nur das Nötigste an Wohnraum zur Verfügung. In der Tagespresse und in speziellen Zeitschriften für Migranten werden häufig Berichte über die Hausmädchen publiziert. Einige sprechen davon, dass die Frauen wie ein Familienmitglied aufgenommen werden, andere berichten aber auch über Misshandlungen und sogar Vergewaltigungen.

Der Großteil der Wanderarbeiter in Shanghai ist mit der Wohnsituation sehr unzufrieden und bezeichnet diese als schlechter als die am Heimatort. Die Menschen sind aufgrund der Beschränkungen, denen sie in der Stadt unterliegen, gezwungen in Verhältnissen zu leben, die sie ansonsten als unakzeptabel bezeichnen würden.

Immer wieder errichten Migranten in den Außenbezirken der Stadt kleine, selbst gebaute Schuppen, da sie nicht die finanziellen Möglichkeiten haben, sich eine Wohnung zu mieten. Diese kleinen, illegalen Schuppensiedlungen haben jedoch nie lange Bestand, sondern werden regelmäßig auf Geheiß der Stadtregierung abgerissen. Slumsiedlungen, wie sie in vielen anderen Metropolen Asiens zu finden sind, sieht man daher weder in Shanghai noch in anderen Städten Chinas. Aufgrund des raschen Abrisses der Hütten, können sich erst gar keine eigenen Strukturen entwickeln. Greift die Polizei Migranten ohne Registrierung und feste Bleibe auf, werden diese vorübergehend festgenommen und in ihre Heimatorte "abgeschoben".

**Arbeit**

Traditionell verrichten die Wanderarbeiter die sogenannten "Drei-D-Jobs", d.h. *dirty, dangerous, demanding*. Das sind Tätigkeiten, die die Städter nicht machen wollen, z.B. Reinigungsdienste, Müllsammeln. Insbesondere die vielen Baustellen der Stadt und die Märkte sind von Arbeitsmigranten geprägt. Das untere Lohnsegment stellt ihnen die meisten Arbeitsplätze zur Verfügung, aber vermehrt sind sie in allen Beschäftigungsbereichen zu finden und stellen eine Konkurrenz für die städtischen Arbeitskräfte dar (vgl. Wüllner, C. In: Pacific News Nr.14, August 2000:4-6).

Die Arbeitssuche läuft fast ausschließlich außerhalb des staatlichen Rahmens. Meist sind es private Kontakte, z.B. Freunde oder Verwandte, die die erste Arbeitsstelle vermitteln. Im Falle der Bauarbeiter erfolgt die Rekrutierung häufig mittels privater Vermittler direkt im Heimatort. In Gruppen kommen sie dann auf die Baustellen der Stadt.

An bestimmten Straßen in der Stadt sind illegale Arbeitsmärkte entstanden, wo die Wanderarbeiter mit kleinen Schildern mit Beschreibungen ihrer Fähigkeiten stehen. Braucht jemand billige Arbeitskräfte, geht er zu diesen Stellen und sucht sich die benötigten Kräfte. Hierbei handelt es sich überwiegend um kurzfristige Tätigkeiten, z.B. Anstreicharbeiten für einige Tage. Der Lohn wird ausgehandelt und am Ende des Arbeitstages oder nach Beendigung der gesamten Arbeit ausgezahlt. Verträge gibt es nicht. Diese illegalen Arbeitsmärkte werden regelmäßig durch polizeiliche Maßnahmen gestört und zeitweise unterbunden.

Für Hausmädchen sowie Restaurant- und sonstiges Dienstpersonal gibt es spezielle Vermittlungsstellen. Diese Stellen werden sowohl privat als auch von den jeweiligen Bezirken und Straßenkomitees betrieben. In Shanghai gibt es zahlreiche solcher Vermittlungsstellen, die oft auch als Treffpunkt und Informationsbörse für die Frauen dienen. Die Betreiber der Stellen bekommen pro Vermittlung zwischen RMB 10 und 20. Nach der Vermittlung bleibt der Kontakt - sofern die Frauen zustimmen - zur Vermittlungsstelle erhalten. Die Betreiber wollen darüber informiert werden, wenn

die Frauen von ihren Arbeitgebern schlecht behandelt werden. Frauen, die als Hausmädchen arbeiten, verdienen in Shanghai durchschnittlich RMB 350, haben zusätzlich i.d.R. Verpflegung und Unterkunft frei. Als Gegenleistung müssen sie prinzipiell jeden Tag rund um die Uhr zur Verfügung stehen.

Die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Migranten sind verhältnismässig schlecht. I.d.R. wird täglich rund zwölf Stunden gearbeitet, sieben Tage pro Woche; Urlaub gibt es nur zum chinesischen Neujahr. Arbeitsverträge haben die Migranten meist nicht, kaum einer ist in der Gewerkschaft organisiert. Wer nicht bereit ist, die Arbeit unter den vorgefundenen Bedingungen abzuleisten, wird schnell durch einen anderen aus dem großen Heer der Wanderarbeiter ersetzt.

Das durchschnittliche Einkommen der Wanderarbeiter in Shanghai lag 1997 bei RMB 670. Differenziert man nach Geschlecht, zeigt sich, dass Frauen mit RMB 540 deutlich weniger verdienen als die männlichen Arbeitsmigranten mit RMB 730. Die Städter verdienten im Vergleich dazu im selben Jahr durchschnittlich RMB 952 pro Monat [1][3].

**Migrantinnen bei einer Arbeitsvermittlungsstelle für Hausmädchen in Shanghai**

**Fazit**

Betrachtet man die Lebenssituation der Wanderarbeiter in Shanghai, stellt sich zwangsläufig die Frage, weshalb die Menschen die harten Bedingungen in Kauf nehmen, unter denen sie in den Städten arbeiten und leben müssen? Befragt man die Wanderarbeiter dazu, reagieren sie oft mit Unverständnis. Welche Perspektive haben sie denn, wenn sie zu Hause bleiben? Die meisten haben Verwandte oder Freunde, die bereits zum Arbeiten in die Stadt gegangen sind und ihnen raten, nachzukommen. Die sozialen Netzwerke spielen eine ganz wesentliche Rolle für die Migration innerhalb von China. Auch wenn die Arbeits- und Lebensbedingungen sehr schlecht sind, wird dies in der Hoffnung in Kauf genommen, Arbeit zu finden und Geld zu verdienen, um etwas aus dem Leben zu machen. Obwohl die Aussichten auf Wohlstand und sozialen Aufstieg angesichts des Überangebotes an Arbeitskräften sehr niedrig sind, drängen weiterhin viele Menschen nach Shanghai, da dort im Gegensatz zur Peripherie zumindest die Chance besteht, auf Aufschwung zu partizipieren.

Stand: Oktober 2000

**Quellen:**

[1] *Zhang Shenghua (ed.) 1998: Shanghai liudong renkou de xianzhuang yu zhanwang. Gegenwärtige Lage und Perspektiven der Wanderbevölkerung in Shanghai. Shanghai.*

[2] *Ministerium für öffentliche Sicherheit 1998: Quanguo zanzhu renkou tongji ziliao huibian. Statistisches Material zur Bevölkerung mit zeitweiliger Aufenthaltsgenehmigung für ganz China. Beijing.*

[3] *Shanghai Economy Yearbook 1999. Shanghai.*

Claudia Wüllner, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Forschungsprojekt “Anomische Strukturen sozialen Wandels in der VR China. Migranten und Migrantensiedlungen in chinesischen Großstädten” unter Leitung von Frau Prof. Bettina Gransow, FU Berlin.

## Webtipp

**National Security Archive (NSA): Tiananmen Square 1989**

*http://www.seas.gwu.edu/nsarchive/NSAEBB/NSAEBB16/index.html*

Auf dieser Seite des NSA sind 35 ehemals klassifizierte Regierungsdokumente aus der auf Microfiche veröffentlichten Sammlung von 15000 Dokumenten mit dem Titel “China and the United States: From Hositility to Engagement, 1960-1998” verfügbar. Die Dokumente handeln von dem militärischen Vorgehen gegen die Demonstranten auf dem Tiananmen Square in Peking im Juni 1989. Enthalten sind Situationsberichte der US-Botschaft in Peking sowie “Morning summaries” des Außenministers. Zu den Studentendemonstrationen in den Jahren 1985 und 1986 und den Vorgängen die zu dem militärischen Eingreifen im Juni 1989 führten sind ebenfalls Dokumente vorhanden. Diese Seite wie auch die vollständige Sammlung der Dokumente ist eine wichtige Quelle für Historiker und Analysten zur amerikanisch-chinesischen Beziehung.

# Konversion auf den Philippinen

## Strategien und Visionen der Inwertsetzung der ehemaligen US-Militärstützpunkte

*Volker Zimmer*

**Einleitung**

Der politische Wandel und die damit einhergehende Auflösung des Warschauer Paktes war der Beginn eines großen Umbruches in den militärischen Komplexen der industrialisierten Staaten. Doch nicht überall auf der Welt hat sich dieser Trend durchgesetzt: Viele Schwellen- und Entwicklungsländer rüsten auf. Insbesondere im südostasiatischen Raum steigen die Verteidigungsausgaben überproportional stark und die Anzahl der vorgehaltenen Waffen bei den Streitkräften erhöht sich. Doch auch hier gibt es Demilitarisierung und Konversion. Der Begriff *Konversion* bezeichnet im allgemeinen eine *Umwandlung*. In diesem besonderen Zusammenhang wird unter *Konversion* die Umwandlung von vormals militärisch genutzten Produktionsanlagen und Liegenschaften, sowie die Umschulung von militärischem Personal für eine zivile Zukunft verstanden.

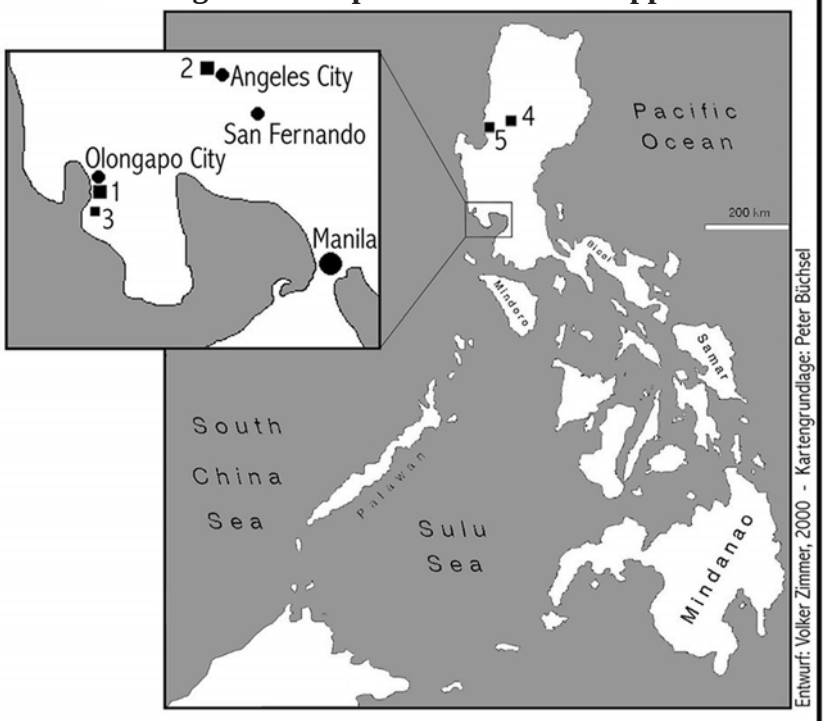
1992 endete auf den Philippinen die Militärpräsenz der USA. Damit wurden Maßnahmen notwendig, um die Verluste von Arbeitsplätzen zu kompensieren sowie die Kaufkraft und Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zu steigern.

**Geschichtlicher Abriss**

Der Sieg der USA im Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 beendete die 330-jährige Herrschaft Spaniens über die Philippinen. Doch wurde den Philippinen die erhoffte Unabhängigkeit verwehrt; die USA erwarben das Land im Vertrag von Paris 1898. Dies war der Beginn der massiven US-Militärpräsenz auf den Philippinen, die nur von der japanischen Besatzungszeit während des II. Weltkrieges unterbrochen wurde. Nach der Befreiung durch die USA erhielten die Philippinen zwar ihre staatliche Unabhängigkeit, doch bestanden weiterhin wirtschaftliche und militärische Verflechtungen mit den USA. Die US-Truppenpräsenz an insgesamt 23 Standorten wurde 1947 im *Military Bases Agreement* (MBA) für weitere 99 Jahre festgeschrieben.

Verschiedene juristische Streitigkeiten, steigende Kriminalität amerikanischer Soldaten und der Wunsch der Filipinos nach absoluter nationaler Souveränität führten zu einer ganzen Reihe von Änderungen des MBA in den folgenden Jahrzehnten. Die Zahl der Stützpunkte wurde stark reduziert und die Laufzeit des MBA schließlich 1979 verkürzt: Die Stationierung US-amerikanischer Truppen sollte demnach 1991 enden, sofern kein neues Abkommen ausgehandelt werden würde. Derartige Verhandlungen begannen 1990. Doch die veränderte weltpolitische Situation ließ es immer weniger sinnvoll erscheinen, die amerikanischen Stützpunkte zu erhalten. Als im Juni 1991 darüber hinaus noch der Mt. Pinatubo ausbrach und große Bereiche der unweit gelegenen Stützpunkte Subic und Clark zerstört wurden, gab das Pentagon Clark aufgrund des besonders großen Ausmaßes der Zerstörung auf. Die Verhandlungen zwischen beiden Staaten beschränkten sich nun ausschließlich auf Subic und wurden erfolgreich abgeschlossen. Es wurde eine Verlängerung der Stationierung um weitere 10 Jahre vereinbart. Einzig die Zustimmung des philippinischen Senates stand noch aus. Nach langen Diskussionen versagte der Senat die für die Verlängerung notwendige Zweidrittelmehrheit und bis zum September 1992 mussten alle US-amerikanischen Verbände die Philippinen verlassen haben. Damit endete die Geschichte einer fast hundertjährigen amerikanischen Militärpräsenz

**Ehemalige US-Stützpunkte auf den Philippinen**




1: Subic Bay Freeport Zone - 2: Clark Special Economic Zone - 3: Bataan Technology Park
4: John Hay Special Economic Zone - 5: Poro Point Special Economic Zone

auf den Philippinen und es begann der Prozess der Konversion. Es galt nun, für die beiden großen Stützpunkte Subic Naval Base (ungefähr 120 km nordwestlich Manilas), Clark Air Base (ungefähr 80 km nördlich der Hauptstadt), sowie für die kleineren in Nord-Luzon gelegenen Liegenschaften Camp John Hay in Baguio City und Wallace Air Station in San Fernando (Poro Point) zivile Nachnutzungen zu finden. Die Bemühungen mussten auf eine schnelle, aber auch dauerhafte Kompensation des Ausfalls des für die regionalen Ökonomien äußerst wichtigen Faktors Militär ausgerichtet sein.

**Wirtschaftliche Bedeutung der US-Militärpräsenz**

In der im Vorfeld des Abzuges geführten Diskussion wurde immer wieder die enorme wirtschaftliche Bedeutung der US-Militärpräsenz betont. Allein die seit 1979 zu zahlenden Mieten im Rahmen des *Security Assistence Program* beliefen sich anfangs auf rund 100 Mio. US$ pro Jahr und stiegen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auf mehr als das Doppelte. Die von den USA zuletzt geleisteten Zahlungen in Höhe von 225 Mio. US$ stellten ca. 5 % der Einnahmen des philippinischen Staatshaushaltes.

Die für die Stationierungsregionen aufgrund ihrer räumlich begrenzten Wirksamkeit besonders bedeutenden Personalausgaben summierten sich zu dieser Zeit auf ungefähr 280 Mio. US$ pro Jahr. In dieser Hochzeit der amerikanischen Stationierung befanden sich fast 40.000 Soldaten, amerikanische Zivilbeschäftigte und Familienangehörige auf den Philippinen. Viele lebten off-base (in Clark 40%) und waren daher relativ stark in die lokale Wirtschaft eingebunden. Darüber hinaus waren die US-Streitkräfte nach dem philippinischen Staat der zweitgrößte Arbeitgeber: 70.000 Filipinos fanden in der zweiten Hälfte der 80er Jahre hier Arbeit. Das Niveau der Einkommen, die bei den US-Streitkräften zu erzielen waren, lag zwei- bis dreimal höher als im Landesdurchschnitt. Eine weitere Personengruppe die regional, insbesondere im Umfeld von Subic Bay, in Erscheinung tritt, ist die Gruppe der pensionierten US-Militärangehörigen, die hier ihren Alterswohnsitz gefunden haben. Diese Personengruppe ist zwar nicht mittelbar vom Abzug betroffen, doch ist ein „Nachwachsen“ weiterer Pensionärsgenerationen in früherem Umfang auszuschließen.

Die Ausgaben für Güter und Dienstleistungen mit einem Volumen von insgesamt 230 Mio. US$ im Jahre 1987 sind nur teilweise der regionalen Wirtschaft zugute gekommen. Der Anteil der Material- und Rohstoffbeschaffung ist tendenziell eher im nationalen und internationalen Rahmen wirksam gewesen, wogegen aber Dienstleistungen eher im lokalen Umfeld nachgefragt worden sind.

Hohe Schätzungen gingen davon aus, dass 80% aller wirtschaftlichen Aktivitäten in Angeles City direkt und indirekt auf die benachbarte Clark Air Base zurückzuführen waren. Auf der nationalen Ebene machte die Summe aller Ausgaben des US-Militärs fast 3% des BSP im Jahre 1987 aus. Diese Zahlen machen deutlich, welch hohe Bedeutung das US-Militär für die philippinische Wirtschaft und vor allem für die Ökonomie der Standortregionen hatte. Damit wird aber auch deutlich, welch große Anstrengungen den Philippinen und den Standortgemeinden bevorstanden, um den Ausfall eines so starken wirtschaftlichen Faktors auszugleichen. Das einzige, was in den Prozess der Konversion eingebracht werden konnte, war eine nur noch teilweise funktionstüchtige Infrastruktur sowie ein Reservoir gut ausgebildeter, englisch-sprechender Arbeitskräfte.

**Organisation des Konversionsprozesses**

Die Gestaltung des Konversionsprozesses wurde der 1992 gegründeten *Bases Conversion Development Authority* (BCDA) übertragen. Trotz der für philippinische Verhältnisse guten infrastrukturellen Ausstattung der Liegenschaften war absehbar, dass die BCDA immense finanzielle Mittel benötigen würde, um eine auf Nachhaltigkeit angelegte Entwicklung sicherzustellen. Eine Finanzierung dieses Prozesses aus dem laufenden Staatshaushalt war nicht möglich. Daher entschied man sich für einen revolvierenden Fond, dessen Einnahmen aus dem Verkauf großer Liegenschaften des philippinischen Militärs in Metro Manila generiert werden sollten. Die Hälfte des Verkaufserlöses wurden der BCDA für die Entwicklung der US-Liegenschaften zur Verfügung gestellt. Zur Erleichterung der Investitionstätigkeit wurde den von der Konversion besonders betroffenen Regionen das Privileg einer Freihandelszone eingeräumt. Mit einem weitgehenden Erlass von Steuern und Zöllen auf alle Importe und Exporte, freiem Zugang für ausländische Investitionen, keinen Devisenkontrollen sowie der Vergabe von Dauervisa an Investoren wurden Vergünstigungen gewährt, die denen der 29 Ecozones der Philippine Economic Zone Authority (PEZA) sehr ähnlich sind.

**Potentiale und Visionen**

Die Liegenschaften der US-Streitkräfte auf den Philippinen waren von ihrer Struktur her als autarke städtische Siedlungen angelegt. Neben den typisch militärischen Einrichtungen wie Mannschaftsunterkünfte, Verwaltungsgebäude, Lager und Bunker, Hangars und Logistikinfrastruktur, befinden sich hier auch zivile Wohnsiedlungen, Hotels, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen, sowie Schulen und Krankenhäuser. Aus den spezifischen naturräumlichen Gunstlagen sowie aus der vormaligen militärischen Hauptnutzung ergeben sich naheliegende zivile Nachnutzungsmöglichkeiten. Die ehemalige Subic Naval Base ist von ihrer Anlage her dazu

geeignet, zukünftig zu einer Alternative für den an seiner Kapazitätsgrenze arbeitenden Hafen Manilas zu werden. Die Clark Air Base wird schon heute als Passagier- und vor allem als Frachtflughafen genutzt. Die Nutzungen sind auch Ausgangspunkt für die mittel- und langfristigen Entwicklungsszenarien, die als Leitbilder für den zukünftigen Ausbau der Stützpunkte dienen.

**Mittelfristiges Entwicklungsszenario (10-20 Jahre):**

Die Stärke der beiden großen ehemaligen Stützpunkte wird in einer engen Kooperation gesehen. Der Hafen Subic Bays kann der Clark Special Economic Zone als dringend notweniger Meereszugang dienen. Doch zur Zeit stellt die schlechte Verkehrsverbindung, sowie die bisher unzureichende Ausstattung des Hafens von Subic eine bedeutende Einschränkung dar. Die Kapazität des Containerumschlages ist durch fehlende Containerkräne stark beeinträchtigt und liegt weit hinter der Manilas zurück. Dieser limitierende Faktor soll in den nächsten Jahren durch die Installation neuer Containerumschlagseinrichtungen und den Bau eines Tollways zwischen Subic und Clark abgemildert werden.

**Langfristiges Entwicklungsszenario (20-50 Jahre):**

a.) Clark wird der neue internationale Flughafen Manilas:

Die absehbare Überlastung des International Airports in Manila – er liegt im dicht besiedelten Süden der Stadt – führt heute schon zu einer Diskussion über den Standort eines neuen Flughafens. Eine in der Diskussion stehende Alternative ist das 80 km nördlich gelegene Clark. Doch der Vorteil eines weniger dicht bebauten Umfeldes wird mit einer schlechteren Erreichbarkeit aus der Hauptstadtregion erkauft.

b.) Clark und Subic werden zu großen eigenständigen Zentren entwickelt:

Das langfristige Ziel ist die Entwicklung der beiden Standorte zu jeweils großen Dienstleistungs- und Finanzzentren („ein zweites Hong Kong"). Diese Standorte sollen eine Vorbildfunktion für das gesamte SE-Asien übernehmen. Die Konzepte für die Gestaltung dieser neuen Zentren reichen heute schon bis zur detaillierten Flächennutzungsplanung im Rahmen eines Masterplans. Diese sehr ambitionierten Entwicklungsvisionen entstammen der optimistischen Aufbruchsstimmung in den 90er Jahren. Die Wahrscheinlichkeit einer Realisierung ist heute eher kritisch zu bewerten, doch haben diese Visionen auf die heutige Geschäftspraxis der BCDA-Töchter Einfluss. Die Mietverträge mit der Lage, Die Mietverträge mit Investoren werden gerade in den Zentralbereichen der Liegenschaften nur auf 10 bis 20 Jahre abgeschlossen, was der kurzfristigen Entwicklung stabiler wirtschaftlicher Verhältnisse aufgrund fehlender Investitionssicherheit abträglich ist.

**Stand des Prozesses**

Der heutige Stand des Konversionsprozesses ist noch weit von diesen mittel- und langfristigen Zielen entfernt. Es ist allerdings festzustellen, dass in Subic und in Clark Anfang 1999 wieder rund 50.000 Menschen Arbeit auf den ehemaligen Stützpunkten gefunden haben. Noch weit von der Maximalbeschäftigung zur Zeit der Amerikaner mit 70.000 Beschäftigten entfernt, hat man damit jedoch mehr als doppelt so viele Personen in Lohn und Brot wie kurze Zeit vor der Aufgabe der Stützpunkte. Die heutige Nutzung ist besonders geprägt durch die Zwischennutzung vorhandener Militärinfrastruktur. Kleinere, kapitalschwächere Unternehmen nutzen alte Lagerhallen und einfache Mannschaftsunterkünfte. Daneben wurden im Rahmen von Jointventures außerhalb der Zentralbereiche der Liegenschaften Industrieparks erschlossen. In diesen Bereichen befinden sich die wenigen größeren Betriebe, häufig der IT- und Unterhaltungselektronikbranche. Ein Vergleich der beiden großen „Konversions-Ecozones" miteinander, sowie ein Vergleich mit den „traditionellen" Ecozones der PEZA verdeutlicht Gemeinsamkeiten und Unterscheide.

Beide „Konversions-Ecozones" waren in der Lage, ungefähr gleich viele Unternehmen anzulocken und mit ca. 14.500 ungefähr gleich viele Arbeitsplätze zu schaffen. Die Exporterlöse unterscheiden sich jedoch sehr stark: Die Subic Bay Freeport Zone erwirtschaftete mit rund 530 Mio. US$ einen 3,5mal höheren Exporterlös. Dieses spiegelt sich in den Exporterlösen pro Beschäftigten und Exporterlösen pro Unternehmen entsprechend wider. Die Analyse der Datenbestände der *Labour Services Departments* der BCDA-Töchter SBMA und CDC offenbaren eine mögliche Erklärung: Subic hat mehr Unternehmen der wertschöpfungsstärkeren Industriebereiche – wie die IT und Unterhaltungselektronikbranche – als Investoren gewonnen. Rund 30% der Beschäftigten arbeiten in Betrieben dieser Branche. In Clark dagegen sind es in Betrieben dieser Branche nur 13% der Gesamtbeschäftigten. Dagegen sind weniger wertschöpfungsstarke Zweige des produzierenden Gewerbes wie die Textilproduktion in Clark mit 25% der Beschäftigten weit stärker vertreten als in Subic mit nur 10%.

Die „traditionellen" PEZA-Ecozones

**Ecozones im Vergleich (1997): Beschäftigte, Unternehmen und Exporterlöse**

| | Unternehmen | Beschäftigte | Exporterlöse | Beschäftigte pro Unternehmen | Exporterlöse pro Beschäftigten | Exporterlöse pro Unternehmen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Mio. US $ | | US $ | Mio. US $ |
| Subic Freeport Zone | 289 | 14.600 (1999: 20.200) | 530 | 50 | 36.300 | 1,8 |
| Clark Special Economic Zone | 226 | 14.400 (1999: 29.900) | 150 | 63 | 10.400 | 0,7 |
| Summe/ Ø Konversions-Ecozones | 515 | 29.000 (1999: 50.100) | 680 | 56 | 23.400 | 1,3 |
| Summe/ Ø 29 PEZA-Ecozones | 704 | 560.000 (1999: 620.000) | 11.600 | 795 | 20.700 | 16,5 |

*Eigene Berechnung nach BCDA (1998): Annual Report 1997, PEZA (2000): Performance Indicators ( www.philippines1.com/peza/pi.html).*

**Nachnutzung militärischer Bauwerke in der Subic Bay Freeport Zone**

sind dagegen meist stark spezialisiert.

Dieses wird auch darin deutlich, dass nur rund die Hälfte der 29 Ecozones mehr als 10 Betriebe beherbergen. Vergleicht man die Zahlen aller Ecozones der PEZA mit denen der „Konversions-Ecozones“, so werden die Unterschiede sehr deutlich: Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl der Unternehmen in den PEZA-Ecozones ist weitaus größer als die der „Konversions-Ecozones“, was die Vermutung nahe legt, dass sich hier kapitalstärkere Großunternehmen angesiedelt haben. Dieses wird durch die Tatsache gestützt, dass die Zahl der Unternehmen mit philippinischer Beteiligung in den PEZA-Ecozones mit nur 21% relativ gering ist. Die Investoren stammen vornehmlich aus Japan, den USA und Korea. Dagegen befinden sich in den „Konversions-Ecozones“ zwischen 57% (Subic) und 63% (Clark) der Unternehmen zumindest zum Teil in philippinischer Hand.

Es ist zu vermuten, dass es die vorhandene bauliche Struktur auf den Konversionsliegenschaften auch kapitalschwächeren, philippinischen Investoren ermöglicht, sich in einer Ecozone anzusiedeln. Damit haben es die „Konversions-Ecozones“ geschafft, ein anderes (zusätzliches) Investorensegment zu erschließen. Die besondere Dynamik in den „Konversions-Ecozones“ wird deutlich, wenn man sich die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen zwischen 1997 und 1999 vor Augen hält: In Clark hat sich die Zahl mehr als verdoppelt, in Subic ist sie um ein Drittel größer geworden, dagegen konnte die Beschäftigtenzahl in den traditionellen Ecozones nur um 10% vergrößert werden.

In den letzten Monaten gab es aber auch immer wieder Rückschläge. Große Investoren habe sich aus den „Konversions-Ecozones“ zurückgezogen oder haben ihre Produktion gedrosselt. Thomson, einer der ersten großen Investoren in der Subic Freeport Zone mit zuletzt 900 Mitarbeitern, verlagerte seine gesamte Produktion kabelgebundener Telefone im Januar 2000 in die Volksrepublik China. Das Unternehmen folgte damit Erfordernissen, die aus dem immensen Preisverfall dieser technologisch sehr einfachen Geräte resultierte. Damit zog sich ein Unternehmen zurück, dass seine Produktion bewusst kostengünstig mittels Nutzung hinterlassener Militärgebäude an diesem Standort aufgebaut hatte. Eine geringe Investition macht Unternehmen bei Entscheidungen über die Wahl eines neuen Standortes sehr flexibel. Doch auch Unternehmen, die für ihre Standorte in den Industrieparks einen relativ hohen Anteil der Gesamtinvestition in den Bau gesteckt haben, geraten durch die weitere Öffnung Chinas verstärkt unter Druck. So hat ein anderer „Premiuminvestor“, der taiwanesische Computerhersteller Acer, Teile seiner Computer-Fertigung, die nach dem Erdbeben im Heimatland Taiwan in Subic ausgebaut wurde, nach China verlegt.

**Ausblick**

Die BCDA und ihre örtlichen Tochterunternehmen haben es verstanden, kurzfristig unter Nutzung vorhandener Ressourcen ein Angebot für Investitionen zu schaffen, das es ermöglicht, bereits jetzt wieder mehr Leute auf den ehemaligen Stützpunkten zu beschäftigen als zuletzt bei den US-Streitkräften und mit 500 Unternehmen rund 3% der philippinischen Exporterlöse zu erwirtschaften. Doch erweist sich die Entwicklung als nicht stabil. Konkurrenzstandorte im geöffneten Wirtschaftsraum Chinas stellen gerade für Unternehmen, die mit einem relativ geringen Investitionsvolumen ihre Produktion in Subic und Clark aufgebaut haben, eine attraktive Alternative dar.

Die Umsetzbarkeit der mittel- und langfristigen Visionen kann heute noch nicht bewertet werden. Eine in diesen Visionen vorgezeichnete Entwicklung zu starken Zentren könnte eine Entlastung der Primatstadt Manila bedeuten, doch ist gerade vor dem Hintergrund der Gefahr eines möglichen Abbruchs der Investitionstätigkeit eine allzu optimistische Bewertung nicht angebracht.

Stand: Oktober 2000

Volker Zimmer [zimmer@geowiss.uni-hamburg.de] ist wiss. Mitarbeiter am Geogr. Inst. der Universität Hamburg. Er beschäftigt sich in seiner Diss. mit der regionalen Konversion in Deutschland. Zwischenzeitlich war er Mitarbeiter des EU-STD3 Projektes „Laguna de Bay, Philippines: An Ecosystem Approach for Sustainable Management“.

# Putsch in Fiji - Same procedure as every decade?

## Indigene(r) Macht(verlust) versus Demokratie?

*Heiko Faust*

**Chronik der Ereignisse**

Unter der Führung des Geschäftsmannes *George Speight* nimmt eine Gruppe von sieben Putschisten am 19. Mai 2000 im Parlamentsgebäude von Suva den erst seit einem Jahr im Amt befindlichen indo-fijianischen Ministerpräsidenten *Mahendra Chaudry* und das gesamte Kabinett als Geiseln (insgesamt 38 Personen). Er erklärt sich zum Sprecher der autochthonen Fijianer, ruft eine neue Regierung aus und verlangt den Rücktritt des Staatspräsidenten *Ratu Sir Kamisese Mara*. Darüber hinaus fordert er eine Revision der demokratischen Verfassung von 1998, um die indischstämmige Bevölkerung von der politischen Macht auszuschließen.

Der einflussreiche und allmächtige Rat der Stammeshäuptlinge „Great Council of Chiefs“ unter der Führung von Generalmajor *Sitiveni Rabuka* missbilligt zwar am 23. Mai 2000 den Staatsstreich und die Geiselnahme, unterstützt aber die Kernforderungen von *Speight*. 1987 hatte sich *Sitiveni Rabuka* selbst an die Macht geputscht und war von 1992-1999 Ministerpräsident von Fiji, wobei er die neue Verfassung in seiner Amtszeit durchgesetzt hatte. Am 29. Mai übernimmt das Militär unter der Führung von Armeechef *Commodore Frank Bainimara* die Macht, verhängt das Kriegsrecht, da es zu Ausschreitungen gegenüber der indischstämmigen Bevölkerung gekommen war und es Plünderungen indo-fijianischer Geschäfte in Suva gegeben hatte. Die Verfassung wird damit ausser Kraft gesetzt und Staatspräsident *Mara*, der die Putschisten scharf verurteilt, abgesetzt. Als Chef einer Übergangsregierung wird *Ratu Epeli Nailatikau* ernannt. *Speight* bleibt zunächst im Parlament verschanzt, denn er fordert selbst das Amt des Ministerpräsidenten. Die von der Armeeführung eingesetzte zivile Übergangsregierung unter *Laisenia Qarese* lehnt er ab.

**Leibwächter u. Mitstreiter von G. Speight in Aktion**

Am 9. Juli einigen sich die Rebellen und die Armeeführung auf ein Abkommen zur Beendigung der Geiselnahme. Der Rat der Stammeshäuptlinge soll einen neuen Präsidenten, einen Stellvertreter und eine Übergangsregierung ernennen. *Speight* und seinen Anhängern wird Straffreiheit zugesichert. Der Vereinbarung entsprechend wählt der „Great Council of Chiefs“ am 13. Juli den früheren Vizepräsidenten *Ratu Josefa Iloilo*, einen Vertrauten von *Speight*, in das Präsidentenamt und alle Geiseln kommen frei. Am 18. Juli 2000 wird die neue Regierung mit Ministerpräsident *Qarase* vorgestellt. *George Speight* wird am 27. Juli verhaftet und im August wegen Hochverrats angeklagt.

**Hintergründe**

Wieder ein “Coup d´État” auf den Fiji-Inseln: nach einem Jahr Amtszeit wird die demokratisch legitimierte Regierung abgesetzt. Fiji findet sich in der Situation von 1987 wieder und es hat sich auf den ersten Blick nichts geändert. Mit der erneuten Staatskrise offenbaren sich scheinbar die Probleme innerhalb der fijianischen Gesellschaft als Ganzes. Bei differenzierterer Betrachtung sind es aber besonders die Probleme innerhalb der einheimisch fijianischen Volksgruppe, die zum Konflikt geführt haben. Denn es geht in erster Linie um den Machterhalt der tribalen Autoritäten und nicht um ethnische Probleme zwischen den beiden großen Volksgruppen in Fiji, den einheimischen Fijianern und den zugewanderten Indo-Fijianern; ethnische Gegensätze werden gezielt instrumentalisiert, um die politische Macht zu gewinnen.

Ein besonderer Widerspruch dabei ist, dass die einheimischen Fijianer keineswegs eine homogene (politische) Gruppe bilden. Dies zeigt sich darin, dass die Regierungskoalition nicht nur von Indo-Fijianern, sondern auch von einheimischen Fijianern gewählt worden ist und die autochthonen Fijianer rein statistisch mittlerweile deutlich die Indo-Fijianer überwiegen (1999 ca. 50,7% Einheimische Fijianer, 43,5% Indo-Fijianer, 5,8%

Sonstige; Fiji Islands Statistics Bureau). Besonders die städtische Bevölkerung und die jüngeren Generationen sind unzufrieden mit der seit dreissig Jahren Unabhängigkeit gewachsenen Vetternwirtschaft, die den Reichtum Weniger und die Verarmung Vieler zu verantworten hat. Die „Großen Häuptlinge“ büßen gegenwärtig ihre einst überragende Autorität ein. Von daher versuchen sie die Macht zu rekonstruieren, die ihnen in ihrer eigenen Gemeinschaft im Zuge der Prozesse von Modernisierung und Globalisierung verloren gegangen ist.

Die Spannungen zwischen Stadt und Land, zwischen Moderne und Tradition und das Fortschreiten der jüngeren Generation in eine Welt, die von den Älteren nicht verstanden wird, hat bei ihnen zu einem Gefühl der Marginalisierung beigetragen. Vor diesem Hintergrund wird das traditionelle tribale Machtsystem mehr und mehr infrage gestellt, weil seine starre hierarchische Struktur die Entwicklung in eine(r) moderne(n) Gesellschaft und eine(r) multi-ethnische(n) Demokratie behindert.

Die Haltung des „Great Council of Chiefs“ hat es erst ermöglicht, dass dieser Staatsstreich erfolgreich durchgeführt werden konnte, „... a diminished body of dithering men and women, confused, partisan, manipulable …” (LAL 01/06/2000), das den Appell von *George Speight* an die Vorherrschaft der einheimischen Fijianer annimmt und über die Verwirklichung einer multi-ethnischen Demokratie stellt. Die vor drei Jahren vom obersten Häuptlingsrat abgesegnete Verfassung wird ausgesetzt. Das Militär, das überwiegend aus einheimischen Fijianern besteht, greift nicht, bzw. erst sehr spät ein, es ist gespalten, aber ebenso handlungsunfähig wie das „Great Council of Chiefs“, nicht zuletzt weil persönliche und regionale Bindungen an die Häuptlinge und ihr Vanua (Land, Geburtsort) bestehen.

Angesichts der wirtschaftlichen Überlegenheit der Indo-Fijianer gegenüber den durch Grundbesitz und politische Macht privilegierten autochthonen Fijianern, die sich wirtschaftlich aber eher passiv verhalten, ist genügend Konkfliktpotential in Fiji vorhanden. Das Rassenproblem wird aber bewußt von der einheimisch fijianischen Elite in den Vordergrund gerückt und etwaige Probleme werden auf die Indo-Fijianer projeziert, die seit 4-5 Generationen im Land leben und immer noch als „vulagi“ (Fremde/Ausländer) angesehen werden. Die Indo-fijianer dominieren die Wirtschaftssektoren, Landwirtschaft (ohne Landbesitz), Industrie (Textil) und Tourismus, sie werden aber immer wieder politisch diskriminiert, wie auch mit der jüngsten Absetzung der Regierung.

**Plünderer in Suva**

**Folgen**

Der Kollaps von „law and order“ hat die Perspektive eines multi-ethnischen Zusammenlebens in der fijianischen Gesellschaft auf der Basis von Gleichheit der Bürgerrechte wieder einmal zum Scheitern gebracht. Aber nicht nur die Demokratie und die soziale und zivile Ordnung haben Schaden genommen. Auch die wirtschaftlichen Konsequenzen, die zuerst die armen Bevölkerungsteile treffen, sind gravierend.

Gerade schien die wirtschaftliche Krise der letzten Jahre nach mehreren Dürrekatastrophen überwunden und ein Wachstum von 6% wurde für das Jahr 2000 angenommen. Diese Erwartungen verkehren sich nun in das Gegenteil, denn eine Abnahme der Produktion von 10% und mehr werden als direkte Folge des Coups allein für dieses Jahr prognostiziert. Investitionen, insbesondere aus dem Ausland, sind gestoppt bzw. werden auf unbestimmte Zeit auf Eis gelegt. Sanktionen der internationalen Gemeinschaft drohen.

Starke sektorale Einflüsse gibt es bspw. in der Baubranche, deren „output“ nach den Erfahrungen von 1987 um 10% zurückging, außerdem sanken die Grundstückspreise damals bereits um 50%. Die Ausschreitungen in Suva im May 2000 waren allerdings erheblich

## Webtipp

**Geschichte Koreas**

*http://www.koreanhistoryproject.org/Ket/CvrSht.htm*
*http://www.koreanhistoryproject.org/*

Das Korean History Project stellt auf diesen Seiten die kostenlose vollständige Online-Version des Buches über die koreanische Geschichte zur Verfügung. Die Geschichte besteht aus 3 Teilen mit insgesamt 40 Kapiteln und beginnt mit der Einwanderung neolithischer Nomaden in Ostasien und Endet mit dem Korea-Krieg. Karten und Bilder ergänzen den Text. Über eine Zeitskala von der Prähistorie bis 1953 und entsprechenden Links in die Textkapitel steht zur raschen Navigation zur Verfügung. Die Seite befindet sich noch im Aufbau, so daß noch nicht alle Kapitel vorhanden sind. Wenn die Seite fertig gestellt ist, wird sich eine sehr gute Informationsquelle für die koreanische und ostasiatische Geschichte sein.

schlimmer als im Jahr 1987, von daher ist in diesem Jahr mit noch stärkeren Rückgängen zu rechnen. Die Einzelhandelsbranche verzeichnet, insbesondere durch Plünderungen und Sachbeschädigungen, einen Schaden von 11 Mio. US$, der durch keine Versicherungen gedeckt wird.

Auch für den internationalen Tourismus hat der Coup verheerende Auswirkungen. Der besonders starke Einbruch wird in der Besucherstatistik deutlich, denn im Tourismus hatte sich in den letzten Jahren ein enormer Zuwachs abgezeichnet, und die Besucherzahl stieg von 359.441 (1997) auf 409.955 (1999; Fiji Islands Statistics Bureau 2000). Aber allein der Rückgang in den ersten Monaten nach dem Coup lässt erahnen, welche Folgen auf die Tourismusbranche zukommen, denn nach dem Staatsstreich von 1987 dauerte es zwei Jahre, bis das gleiche Niveau der Besucherzahlen wieder erreicht werden konnte.

Der Tourismus hat gegenwärtig aber einen weitaus wichtigeren Stellenwert als noch 1987. Etwa 20% des Bruttosozialproduktes werden in diesem Sektor mittlerweile erwirtschaftet. Die wichtigsten Herkunftsländer wie Australien, Neuseeland und die USA warnen jedoch vor Reisen nach Fiji.

CHAND und LEVANTIS (2000: 30) prognostizieren in einem „best-case" Szenario für die fijianische Wirtschaft folgende Auswirkungen:

- Rückgang der int. Touristenzahlen um 38% in den nächsten 12 Monaten
- ein Rückgang der Investitionen um 25%
- ein Rückgang im Baugewerbe um 10%
- private Geldtransfers in das Ausland von ca. 18 Mio. US$
- Rückgang der Zuckerproduktion um 10%
- Zinsanstieg um 5%

Mit dem wirtschaftlichen Niedergang in Folge des Putsches sind aber auch soziale Konsequenzen eng verknüpft. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Armut und das Gewaltpotential nehmen zu, die Auswanderungen steigen bei der indofijianischen Bevölkerung stark an. Wie auch 1987 dürften viele Indo-Fijianer versuchen, nach Kanada und Australien zu emigrieren, und es werden wieder die wirtschaftlich aktiven und gut ausgebildeten Eliten sein („Brain Drain"), die das Land verlassen. In Fiji sind es besonders die Angestellten und Arbeiter in der Tourismusbranche, aber auch die vielen ungelernten Beschäftigten in der Bauwirtschaft und im Handel, die durch die negativen Auswirkungen des Staatstreiches am stärksten betroffen sind. Für große Teile der ländlichen Bevölkerung, besonders auf den Außeninseln, wird sich zunächst wenig verändern, aber auf Dauer wird es kein konstruktives Fortkommen in Fiji geben, wenn sich die Reformbestrebungen innerhalb der autochthonen Gruppe der Fijianer nicht durchsetzen. So wird es noch mindestens eine weitere Generationen brauchen, bis die Machtverhältnisse in Fiji auf demokratischen Grundsätzen beruhen werden.

Stand: November 2000

**G. Speight umringt von Journalisten**


**Literatur**

*Aikman, C.: Making a multi-racial democracy work in Fiji. In Asia Pacific Viewpoint, Vol. 40, No. 3, December 1999, S.285-294.*

*Chand, S. Levantis, Th.: The Fiji coup: a spate of economic catastrophes. In: Pacific Economic Bulletin, Vol.15, No. 1, 2000, S.27-103.*

*Lal, B.V.: Fiji: Wandering Between Two Worlds. http://209.15.142.138/members/members/coup/news10/5.html, 01.06.2000*

**Internet**

*http://fijilive.net/*
*http://www.statsfiji.gov.fj/*
*http://www.fijivillage.com/news/2011/*
*http://www.fijivillage.com/news/2005/pic2.htm*
*http://www.fijivillage.com/news/fijitimes/2011/*
*http://www.fijifvb.gov.fj/infodesk/*


Heiko Faust (hfaust@gwdg.de) ist wiss. Mitarbeiter am Geographischen Institut der Universität Göttingen und hat 1995 über Urbanisierung in Fiji promoviert.

**Übersicht: Politische Entwicklung Fijis 1987-1999**

*April 1987*: Absetzung der demokratisch gewählten Koalition („Fiji Labour Party" und „National Federation Party" - sie wird überwiegend von Fijianern indischer Abstammung getragen) nach einmonatiger Amtszeit durch einen unblutigen Staatsstreich. Der frühere Premierminister Kamisese Mara wird vom Putschisten Rabuka als Führer einer Übergangsregierung wiedereingesetzt.

*Juli 1990*: Verkündung einer neuen Verfassung. Sie garantiert den autochthonen Fijianern eine Mehrheit im Repräsentantenhaus. 37 der 70 Sitze gehen an autochthone Fijianer, 27 an Indo-Fijianer und 6 an die übrigen Volksgruppen.

*Juni 1992*: nach den ersten Parlamentswahlen seit 1987 Ernennung von Sitiveni Rabuka offiziell zum Premierminister von Fiji.

*November 1993*: Sturz von Rabuka durch Gegner aus der eigenen Partei unter der Führung von Josevata Kamikamica.

*Februar 1994*: Neuwahlen und unerwarteter erneuter Gewinn von Rabuka

*1997:* Ausarbeitung einer neuen Verfassung mit stärkerer Berücksichtigung demokratischer Prinzipien

*Juli 1998*: In Kraft treten der neuen Verfassung

*Mai 1999*: Wahlen nach der neuen Verfassung. Die Fiji Labour Party (FLP) gewinnt 37 der 71 Mandate im Parlament. Ihr Vorsitzender, der Gewerkschaftsführer Mahendra Chaudry, wird daraufhin am 19.05. 1999 von Präsident Ratu Sir Kamisese Mara als erster indischstämmiger Regierungschef in der Nachfolge von Sitiveni Rabuka vereidigt. Er bleibt ein Jahr im Amt.

# Singapurs E-Government-Initiativen

## Best Practice mit globaler Signalwirkung

***Paul Blazek***

Die durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien ausgelösten rapiden Veränderungsprozesse erfassen mittlerweile alle Bereiche des täglichen Lebens. So wird das Internet unter anderem auch zunehmend zum Prägestempel für die Kontakte zwischen öffentlichen Institutionen und dem Bürger. Zentraler als bisher wird die digitale „Government-To-People"-Beziehung (G2P) durch Ihren Bedeutungszuwachs die Vernetzung von öffentlichen Institutionen forcieren und dadurch ihrerseits zum Aufbrechen zementierter Arbeitsweisen und Effizienzsteigerung beitragen. Optimisten postulieren bereits das „Ende der Bürokratie" und sehen im „E-Government" die neue Revolution der kommenden Dekade.

In Singapur wurde E-Government bereits frühzeitig als aktive Dienstleistung begriffen und musste folgerichtig auch einem Vergleich mit privatwirtschaftlichen Angeboten standhalten.

Konsequente Kundenorientierung wurde zum kommunikativen Schlüsselfaktor öffentlicher Institutionen und konnte die digitalen Initiativen des Stadtstaates als beispielhaft positionieren.

Dass die politische Führung von Singapur eine Vorliebe für große Strategieentwürfe hat, ist bekannt. Die durch den „Strategic Economic Plan" des Jahres 1991 initiierte „IT 2000"-Studie hatte die Errichtung eines inselweiten „Information-Highways" eingeleitet und nahezu jegliche öffentliche Instanz mit einer „Schnittstelle" zum Internet versehen. Auf dieser Ausgangsbasis entsteht derzeit der „ICT 21 Masterplan" mit der Maxime „to transform Singapore into a vibrant and dynamic global ICT (information communications technology) capital with a thriving and prosperous net economy by the year 2010."

Das besondere bei der E-Government-Entwicklung in Singapur ist die schlüssige Gesamtheitlichkeit, welche den Auftritt des Staates und seiner Instanzen im Web kennzeichnet. Auch wenn die einzelnen Behörden die Freiräume haben, eigene digitale Innovationen voranzutreiben, so müssen sie diese in den Rahmen einer „one-stop, round-the-clock"-Portallösung integrieren, welche die Suchkosten beim User minimiert und als Anlaufstelle alle Institutionen von einer Seite aus erschließt (http://www.gov.sg). Dazu kommt, dass durch die Schaffung des „eCitizen Centre" mit seiner intuitiven Navigationsform ein Forum geschaffen wird, welches nicht mehr ein eins-zu-eins Abbild realer Organisationsformen in der virtuellen Welt darstellt, sondern gezielt nach Lebensabschnittsphasen und konkreten Bürgerproblemen strukturiert ist (siehe Screenshot). Unter neun Hauptgliederungskanälen finden sich klare Problemstellungen aufgelistet, welche ihrerseits immer wieder die gleichen Inhaltselemente aufweisen und konkret über die möglichen Leistungen aufklären, Handlungsschritte aufzählen, Online-Transaktionen zulassen und mit weiteren Informationsmöglichkeiten verlinken.

Während die eCitizen-Initiative bereits seit Mitte 1999 erfolgreich integrierte Serviceleistungen anbietet, geht die E-Government-Entwicklung in Singapur weiter: So werden derzeit Marktplatz-Funktionalitäten eingebaut und bis Ende 2000 soll das Projekt „GeBIZ" im Web umgesetzt sein, welches Behörden durch Kaufkraftbündelung im gesamten Beschaffungsbereich deutliche Kosteneinsparungen bringen soll.

Weitere wirtschaftsrelevante Schritte werden kontinuierlich geplant: Die Ausschreibung von Regierungsprojekten soll genauso wie die Anbahnung von Firmen-

**Screenshot aus: http://www.gov.sg**

# Webtipp

**New Zealand's National Institute for Water and Atmospheric Research (NIWA)**

*http://www.niwa.cri.nz*

NIWA wurde 1992 mit dem Ziel gegründet, die wissenschaftliche Basis für "sustainable management" von Neuseelands Atmosphäre, marine und Frischwassersysteme und anderer Resources zu schaffen. Auf der Homepage stellt NIWA die Forschungsprojekte in den Bereichen Atmosphäre & Klima, Süßwasser, Küste & Ozean, Fischerei und Aquakultur vor. Links zu interessanten wissenschaftlichen Publikatione, Datensammlungen und anderen Quellen sind ebenfalls vorhanden.

partnerschaften und zahlreichen anderen Funktionalitäten das „Produktportfolio“ ausdehnen.

Es zeigt sich, dass neben den finanziellen Implikationen dieser Initiativen auch starke qualitative Entwicklungselemente zum Tragen kommen. So werden kraftvolle Katalysatoreffekte beobachtet, da sowohl die Bevölkerung zum Umgang mit neuen Technologien angeregt und unterstützt wird, als auch ein wirtschaftlicher Schub für kleine und mittlere Unternehmen des Staates ausgelöst wird, da sie forciert werden, ihre Kommunikation mit den Behörden auf elektronischem Wege zu führen.

**Globale Entwicklungen**

Die Überlegungen, die Potentiale des Internets zu nutzen um die üblicherweise geballte Trägheit von Behörden aufzubrechen, begannen global betrachtet vergleichsweise spät.[1] Der mangelnde Marktdruck durch die generelle Monopolstellung von Behörden, aber auch Bedenken bezüglich mangelnder Zugangskanäle zu potentiellen digitalen Dienstleistungen aufgrund der lange Zeit nur partiellen Verbreitung von Internetanbindungen in privaten Haushalten und Unternehmen, genauso wie Sicherheitsbedenken in Bezug auf die generierten und angebotenen individuellen Informationen, führten zum Aufschieben der durch Vordenker angeregten Projekte. Der Wandel des Internets zum Breitenmedium sowie die Erkenntnis, dass bei zunehmender Globalisierung eine schnelle Verwaltung zu einem eindeutigen Standortvorteil wird, führte in der letzten Zeit zu einem kräftigen Onlineschub von öffentlichen Instanzen aller Sparten. Dieses massive Drängen in das neue Medium scheint aber genauso problematisch zu sein, wie das allzu lange Verharren auf alten Strukturen. 85 % aller öffentlichen Webinitiativen gelten bereits jetzt als gescheitert, da sie bei weitem nicht die gewünschten Effekte zeigen. Als ursächlich dafür können grobe Fehler bei der Realisierung identifiziert werden. Gerade die Komplexität von Inhalten, welche die Sites der öffentlichen Hand abbilden müssen, verlangt eine präzise Strukturierung mit besonderem Augenmerk auf Navigations-, Interaktions- und Kommunikationselementen. Werden gar Transaktionsmöglichkeiten angeboten, so erweist sich als zunehmend hinderlich, dass es noch keine allgemeingültigen Rechtsstandards im Web gibt, bzw. dass eine rechtsverbindliche digitale Unterschrift derzeit fehlt.

E-Government der zweiten Generation, bei dem die Schaffung eines einheitlichen Portals als Einstiegsschnittstelle für alle Bürger im Zentrum der Bemühungen steht, steckt - mit Ausnahme des realisierten „Central Government Portals“ in Singapur - noch immer in den Kinderschuhen.[2]

Mit dem in Singapur verfolgten Phasenkonzept scheint eindeutig der richtige Weg eingeschlagen worden zu sein. Durch die umfassende Portallösung wurde ein Fundament für Wachstum gelegt, in welches sukzessive neue Elemente integriert werden können, sobald neue Bedürfnisse beim Bürger identifiziert werden oder neue Entwicklungen die Einbindung erweiterter Funktionalitäten ermöglichen.

Immer wieder wird darauf verwiesen, dass die vergleichsweise überschaubaren Behördenstrukturen in dem Stadtstaat nicht auf die komplexeren Situationen in anderen Ländern übertragbar sei. Auch wenn diese Argumentation unter Hinblick auf die Skalierbarkeit digitaler Lösungen eher fraglich ist, so bleibt doch kein Zweifel, dass der visionäre Ansatz in Singapur, die Bemühungen des Staates völlig auf die Bedürfnisse des Bürgers in Form einer einheitlichen, transparenten Anlaufstelle auszurichten und kein halbherziges Stückelwerk im Internet zu betreiben, als „Best Practice“ für die weltweite Entwicklung von E-Government-Aktivitäten dienen kann.

Stand: November 2000

*1 Erste erfolgreiche Pionierprojekte, wie der seit 1996 schrittweise aufgebaute Online-Service des amerikanischen Bundesstaates Arizona („ServiceArizona“), bei dem eine wachsende Zahl von Dienstleistungen (von der Bestellung von Autonummerschildern bis zur Beantragung von Reisepässen) über das Internet erledigt werden können, wurden viel zu lange nicht ernst genommen.*

*2 Erst im Dezember 1999 startete beispielsweise die deutsche Bundesregierung mit der Initiative „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“ unter Federführung des Innenministeriums den ersten deutschen gesamtheitlichen E-Government-Versuch.*

Paul Blazek, M.A., (p.blazek@nofrontiere.com) ist Head of Consulting bei der österreichischen New Media Agentur Nofrontiere Design AG. Während seines Studiums an der Aachener RWTH beschäftigte er sich v.a. mit ökonomischen Entwicklungen in Südostasien.

## Webtipp

**Der WW II im Pazifik: Amerikanische strategische Planung in den letzten Kriegsmonaten**

*http://www.odci.gov/csi/monography/japan/index.html*

Das Center for Study of Intelligence des CIA und die Harvard University haben eine Monographie im Internet veröffentlicht, die die Rolle der abgehörten japanische Kommunikation auf die militärische Planung der Amerikaner in den letzten Monaten des WW II untersucht wird, insbesondere auf eine mögliche Invasion von Japan. Für Dozenten und Studenten interessant sind die im Anhang C vorhanden 118 Originaldokumente im pdf-Format sowie die Datensammlung in Anhang B.

# Der verlängerte Strand von Singapur

***Will Hammelrath***

Singapur an der Südspitze der malaiischen Halbinsel ist in vieler Hinsicht günstig gelegen: hier kreuzen sich die Wege von Fluglinien aller Himmelsrichtungen. Ebenso verhält es sich auf dem Wasser: der Hafen von Singapur ist einer der wichtigsten Umschlagplätze nicht nur der Region, sondern der ganzen Welt. Den Singapurern hat das Fortschritt und Wohlstand gebracht; weniger positiv waren hingegen die Effekte des maritimen Massentransportes für den Transportweg selbst, das Meer.

Der Stadtstaat verfügt ohnehin nicht über das, was man allgemein einen Traumstrand nennen würde. Wer die wenigen hundert Meter Sandstrand von *Changi* oder *East Coast* kennt, der weiß, dass sie internationalem Standard kaum genügen – und das, obwohl sie mit viel Mühe (und importiertem Sand) liebevoll eingerichtet worden sind. Was stört, sind das durch die Vielzahl von Schiffsschrauben getrübte Wasser und der allgegenwärtige über Bord geworfene Müll. Der tägliche Kampf der Säuberungsbrigade ist nahezu aussichtslos, kommt doch für jedes aufgelesene Stück Dreck mit der nächsten Welle ein neues.

Wohl auch deswegen, weil die (tropischen) Strände Singapurs nicht besonders zum Baden einladen, hat sich die durchschnittliche Verweildauer von Singapur-Touristen in den letzten Jahren kaum verlängert. Jeder Tourist bleibt heute statistisch gesehen gerade einmal 3,1 Tage.

Die Alternativen sind bekannt: zu den klassischen von Singapur aus erreichbaren Traumstrand-Destinationen gehören so berühmte Inseln wie Phuket, Koh Samui, Langkawi und natürlich Bali. Das allerdings hat für Singapur keine positiven Effekte, da alle diese Ziele weitab liegen und die Fremdenverkehrsbranche in Singapur nur am Transitverkehr verdient.

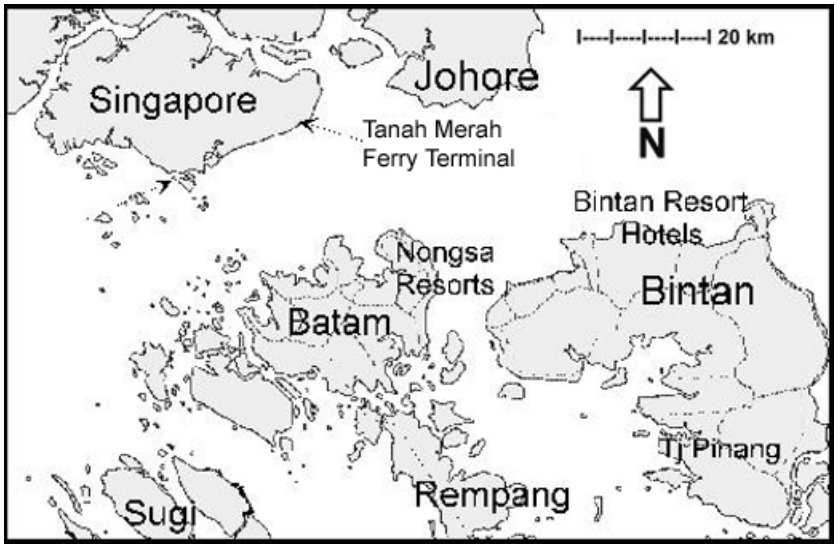
Dieses Dilemma zu lösen war erklärte Aufgabe einer Vielzahl von singapurischen Investoren, die um Singapur herum nach touristisch vermarktbaren Stränden suchten. Sie fanden diese in Sichtweite, im benachbarten Indonesien, auf den zum Riau-Archipel und damit zu Sumatra gehörenden Inseln Batam und Bintan.

**Overseas Investment in Sichtweite: der Sprung nach Riau**

Von den zwei zur touristischen Erschließung vorgesehenen Inseln war Batam die erste, die in den Genuß größeren Engagement kam. Im Zuge der auch von Kuala Lumpur und Jakarta protegierten Schaffung eines sogenannten Wachstumsdreiecks *Johore* (Malaysia)–*Singapur–Riau* (Indonesien) fiel das Errichten von Fremdenverkehrseinrichtungen sozusagen als Nebenprodukt an. Die Hotelanlagen von *Turi Beach* (NO), *Sekupang* (NW) und *Waterfront City* (W) können bereits auf über ein Jahrzehnt touristischer Erschließung zurückblikken. Allerdings erfolgte diese keineswegs in Form einer konzertierten Aktion. Im Gegenteil: Allenthalben trifft man auf Auswüchse jener Wildwest-Mentalität, welche die Erschließung Batams auch in industrieller Hinsicht prägt. Die Anlagen sind nüchtern, fast lieblos gestaltet. Vielerorts findet man Investitionsruinen, die Infrastruktureinrichtungen sind unzureichend oder fehlen ganz. Auch wurde deutlich an den Bedürfnissen der potentiellen Touristen vorbei geplant: Restaurants und Einkaufsmöglichkeiten gibt es in Hotelnähe so gut wie keine, dafür muss man den langen Weg nach Nagoya im Norden der Insel zurücklegen. Nagoya bietet jedoch in keiner Weise das, was Touristen sich unter einem südostasiatischen Städtchen vorstellen könnten. Diese gar nicht so alte Boomtown wirkt bereits jetzt heruntergekommen und trist, keinesfalls jedoch attraktiv.

An den Bedürfnissen vorbei geplant wurde auch die Hallen-Abfahrtschanze in *Waterfront City*, die mit echtem Schnee wohlhabende und Kälte suchende Tagestouristen aus dem nahen Singapur anlocken sollte. Sei es, dass die Men-

**Singapur, Batam und Bintan**



schen in Singapur mit Schnee nicht so viel anfangen können wie erwartet, sei es, dass man in Singapur angesichts der häufigen Meldungen über Ausschreitungen im Nachbarland auch Batam mit Argwohn betrachtet: die Anlage bleibt meistens warm.

**Batam International Airport – ein Beispiel für ferngelenkte Entwicklung**

Ein besonders prägnantes Beispiel für eine verfehlte Verkehrsplanung ist das Prestigeobjekt des gesamten Riau-Archipels, der *Hang Nadim International Airport Batam*. International kann vieles bedeuten. In der Tat werden selbst Provinzpisten zum *International Airport*, wenn der eine oder andere Flug über die Grenze ins Nachbarland führt. Doch um eine derartige Übertreibung handelt es sich bei BTH (so der offizielle *Three-Letter-Code* des Flughafens) keineswegs. Der Airport verfügt neben Einrichtungen wie Industriezone, Business Center und Airport Hotel vor allem über eine 4000 m lange Runway, die Interkontinentalflüge mit Jumbo Jets nach Europa und Australien ermöglicht. Geplant war, die freien Kapazitäten von BTH als günstige Alternative zum nahegelegenen Flughafen *Changi* in Singapur zu etablieren. Doch statt Jumbo Jets sieht man vor allem Turboprops, auf dem Flugplan - Provinz statt Europa. Drei Fluglinien bedienen *Batam International* planmäßig: der Staatscarrier Garuda sowie die überwiegend im Inland operierenden Fluglinien Merpati und Bouraq.

Die Flugziele liegen hauptsächlich auf Sumatra, Java und Kalimantan; Jakarta, Pekanbaru, Padang, Medan und Surabaya werden täglich angeflogen. International sind lediglich die zweimal täglich stattfindenden Transportflüge nach Singapur, bei denen jedoch selten mehr als zwei Tonnen Ladung transportiert werden, sowie gelegentliche Haj-Flüge nach Jeddah in Saudi-Arabien. Gelegentlich gibt es sogar Flüge nach London, die auf dem Weg von Jakarta nach Gatwick hier auftanken müssen.

**Der Hang Nadim International Airport bedient v.a. die Region**

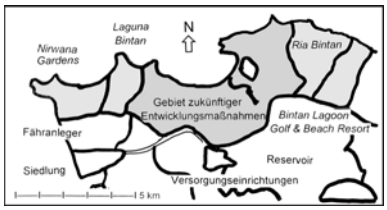
Der Planungsfehler lässt sich, ohne lange suchen zu müssen, in der wie selbstverständlich im weit entfernten Jakarta stattfindenden Verkehrsplanung ausmachen. Anstatt zunächst zu versuchen, Batam auf regionaler Ebene als Hub zu installieren, wurde gleich die internationale Ebene gewählt. Angesichts der bekannten Parallelen bei anderen Großprojekten im Lufttransport liegen die Gründe für die Wahl des Maßstabes wohl auf der Hand. Insbesondere hat man die Attraktivität Batams als Stopover weit überschätzt.

Die durchschnittliche Verweildauer von Touristen in Singapur mag auch nicht besonders lang sein; einige Tage Aufenthalt im Stadtstaat sind jedoch Standard bei Bali-Urlaubern. Was aber sollte man drei Tage auf Batam tun, wenn man ohnehin zum Strand nach Bali will?

**Es geht auch anders: Bintan, die hübsche Schwester von Batam**

Dass man aus Fehlern lernt, ist eine Hoffnung, die nicht immer in Erfüllung geht. Im vorliegenden Falle hat man bei der touristischen Entwicklung Bintans, die erst deutlich nach der Entwicklung Batams in Angriff genommen wurde, zunächst etwas Wichtiges erkannt: es reicht nicht aus, Singapur-Dollar zur Entwicklung der touristischen Infrastruktur ins Land zu holen, wenn die Planung und Umsetzung unter lokalen Bedingungen und mit lokalen Qualitätsansprüchen erfolgt. Demzufolge liegt der Tourismus in Bintan – zumindest was die

**Lage der Projekte von Bintan Resorts**




wichtigste Hotelansammlung, *Bintan Resorts* an der Nordküste betrifft – vollständig in ausländischer, zumeist singapurischer Hand. Vor Ort erfolgt eine Kooperation mit den obligatorischen lokalen Partnern. Singapurische Investoren, bei denen es sich zumeist um betuchte Privatpersonen handelt, haben mit den lokalen Partnern eine Entwicklungsgesellschaft gegründet, deren Aufgaben weit über das Errichten von Hotelanlagen hinausgehen: Fähranleger und Hafenanlagen, Straßen zwischen Hafen und Hotels, Parkanlagen zwischen den Hotels sowie eine komplette Siedlung für die z. Zt. 6.750 Angestellten der Hotels gehören zu den gemeinsamen Projekten, deren Realisierung 1996 abgeschlossen wurde. Die für die Umsetzung dieser Planungen ausgegebene Summe wird von *Bintan Resorts* auf 600 Millionen US$ beziffert. Diese Rechnung schien bei 169.000 Besuchern im Jahr nach der Fertigstellung und 235.000 Besuchern im Jahr 1998 auch schnell aufzugehen. Für das Jahr 2008 wurden gar erstmalig eine Million Besucher per annum prognostiziert. Verlockende Zahlen für Investoren: Immerhin handelt es sich bei den Anlagen nicht um billige Losmen, in denen eine Übernachtung für wenige Dollar zu haben ist, sondern um Hotels nach internationalem Standard und zu internationalen Preisen. Einen ersten Rückschlag haben die optimistischen Planungen durch die Währungskrise erlitten. Dies führte auch im Riau-Archipel zu spürbaren Unruhen. Obwohl kein Tourist verletzt wurde, ließen sich doch viele potentielle Besucher von Berichten abschrecken, nach denen Hotelanlagen mehrere Tage lang belagert worden seien, so dass die Touristen zu-

nächst nicht nach Singapur zurückkehren konnten. Wie lange es dauern wird, bis Bintan dieses negative Image überwunden hat, wird sich zeigen. Die Besucherzahlen haben sich bisher noch nicht wieder auf den Stand von vor den Unruhen eingependelt.

Das erste Hotelprojekt, das man auf der Fahrt vom *Bandar Bentan Telani Ferry Terminal* nach *Bintan Resorts* erreicht, umfasst unter dem Namen *Nirwana Gardens* Unterkünfte der mittleren bis höheren Kategorie. Auf 330 ha befinden sich fünf voneinander getrennte Anlagen, von denen insbesondere der *Mana Mana Beach Club* als Austragungsort einer jährlich stattfindenden Surf-Meisterschaft bereits einen hohen internationalen Bekanntheitsgrad erreicht hat.

*Laguna Bintan*, der nächste Komplex nach *Nirwana Gardens*, bietet mit seinem *Banyan Tree Hotel* Unterkünfte der Oberklasse, einschließlich eines 18-Loch-Golfplatzes.

Die Anlagen von *Ria Bintan* gehören zur internationalen Luxusklasse, auch ein *Club Med* ist hier vorhanden.

*Bintan Lagoon Resorts*, am Ende der Projektschiene von *Bintan Resorts*, bietet v.a. Unterkünfte für Reisegruppen.

In *Bintan Resorts*, der touristischen Hochburg Bintans, ist keine Übernachtung unter ca. 100,- DM zu bekommen, für indonesische Verhältnisse ist dies sehr viel. Bezahlt wird übrigens in den Hotels und Restaurants nicht mit der Landeswährung Rupiah, sondern in erster Linie mit dem verlässlicheren Singapur-Dollar. Auch dies trägt dazu bei, dass *Bintan Resorts* generell eher wie ein singapurischer Außenposten wirkt als ein indonesischer Ferienort.

**Die Menschen von Bintan Resorts**

Was für Besucher praktisch sein mag, nämlich die Verwendung einer Dollar-Währung in einem Weichwährungsland, bringt für die Menschen von Bintan große Probleme mit sich. Zwar ist es richtig, dass Bintan bei Menschen in ganz Indonesien, von Sumatra bis Nusa Tenggara, als der Ort mit den höchsten Löhnen des Landes nach der Metropole Jakarta gilt, noch weit vor Bali. Doch hat dies einen fortschreitenden Strom von Mitarbeitern der Servicebranche zur Folge, die Heimat, Arbeitsplatz und Familie auf Bali, auf Nias oder in Ujung Pandang verlassen, um in Bintan mehr zu verdienen. Natürlich trägt dieses relative Überangebot von Arbeitskraft dazu bei, dass die Löhne stagnieren oder sogar sinken. Und was noch schwerer wiegt: Löhne werden selbstverständlich *nicht* in Singapur-Dollar gezahlt. Die mit dem wirtschaftlichen Erfolg einhergehenden hohen Lebenshaltungskosten auf Bintan und Batam führen dazu, dass die Arbeitnehmer trotz relativ hoher Löhne nur selten den gewünschten Lebensstandard erreichen.

**Wird Bintan ein zweites Bali?**

Tropische Traumstrände, nur 45 Minuten entfernt von der Weltstadt Singapur – das klingt nach einer idealen Kombination. Und tatsächlich spricht einiges dafür, dass Bintan mit seinen am internationalen Standard orientierten Resorts eine zunehmende Bedeutung auf der touristischen Weltkarte einnehmen wird. Das Klima ist, soweit dies unter äquatorialen Bedingungen gesagt werden kann, ausgeglichen. Auch zur Zeit des Monsuns, der Regenzeit, gibt es noch eine ausreichende Anzahl von Sonnenstunden pro Tag (im Durchschnitt, versteht sich). Und das absolute Fehlen von kulturhistorischen Denkmälern, wie sie etwa Bali in großer Zahl bietet, wird von denjenigen Touristen, die auch in Nusa Dua oder Sanur ihr Hotel kaum verlassen würden, sicherlich gerne in Kauf genommen, spart man sich doch mehrere Stunden Flug.

Zur Zeit sind es vor allem zwei Arten von Touristen, auf die man in den Hotelanlagen auf Bintan trifft. Aus Korea, wo dieses Reiseziel anscheinend bereits heute einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht hat, kommen Pauschaltouristen in großen Gruppen. Aus Singapur, dessen Bürger derzeit eher einen Bogen um das Nachbarland machen, kommen täglich Expatriates, Europäer, Amerikaner, Australier, die in Singapur arbeiten und sich einen Kurzurlaub von zwei, drei Tagen gönnen.

Noch ist der große Run auf Bintan als eigenständiges Reiseziel ausgeblieben. Touristen kommen für wenige Tage, kaum für einen ganzen Urlaub. Doch in den Katalogen einiger großer deutscher Reiseunternehmen findet man die Insel bereits, vertreten durch ein oder zwei der genannten Hotelanlagen. Sollten keine größeren politischen Turbulenzen den Planern einen Strich durch die Rechnung machen, ist es lediglich eine Frage der Zeit ist, bis Bintan auch im Westen bekannt ist als leicht erreichbares tropisches Urlaubsparadies.

Stand: November 2000

**Ein Strand an der South China Seas**

**Links zum Thema:**

*http://riau-islands.com*
*http://www.bintan-resorts.com*
*http://www.batam.go.id*
*http://mars.post1.com/home/riau-islands/*
*http://www.brf.com.sg*

Will Hammelrath (willh@gmx.net) ist wiss. Mitarbeiter am Forschungsvorhaben „Öffentlicher Wohnungsbau und Stadtentwicklung in Singapur"; Doktorvater Prof. Dr. Flüchter, Fachbereich Geographie an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg.

# Tourismus in Kambodscha

*Christiane Heinen*

Über lange Zeit war Kambodscha aufgrund von Kriegswirren für Reisende tabu. Der lange Bürgerkrieg hat glücklicherweise ein Ende gefunden, doch bleiben die negativen Erinnerungen präsent, weshalb sich der Tourismus erst in den letzten Jahren langsam entwickelt hat. Es ist das besonders hohe kulturelle aber auch naturgeographische Potential, das immer mehr Touristen ins Land lockt. Kambodscha hat sich trotz seiner geringen Ausdehnung und der großen, einflussreichen Nachbarländer seine eigene Identität bewahrt, die Wurzeln seiner kulturellen Traditionen sind älter als die der Nachbarstaaten. Das lange Zeit unerreichbare Land, geprägt von einer über tausend Jahre alten Hochkultur, empfängt wieder Gäste aus aller Welt.

Kambodscha ist mit dem einmaligen Wunderwerk Angkor, seinen zahllosen Tempeln, den Lebensadern Mekong und Tonle Sap, seiner unberührten Küste und seiner Khmer Kultur ein rasant wachsender touristischer Anziehungspunkt in Südostasien.

Dieses Potential hatte einen schnellen Anstieg der Ankünfte internationaler Touristen zur Folge: an den wichtigsten Einreiseorten Siem Reap und Phnom Penh sind die Ankünfte internationaler Touristen zwischen 1998 und 1999 um fast 48 % angestiegen. So konnte im Jahre 1998 eine Gesamtzahl von 186.333 Flugtouristen verzeichnet werden. Davon kamen 4.199 Reisende aus Deutschland. Im Jahre 1999 stieg die Anzahl auf 262.907 an, wobei deutsche Touristen einen Anteil von 6.490 Ankünften ausmachten.

Dieser Anstieg lässt sich u.a. auf die Öffnung zweier Grenzübergänge zu Thailand (Poi Pet - Aranyprathet und Kho Kong - Hat Lek) zurückführen, die zu erhöhtem Reiseverkehr auf dem Landweg geführt hat.

Touristischer Hauptanziehungspunkt in Kambodscha ist ohne Frage die aus dem 9.-14. Jahrhundert stammende Tempelanlage Angkor Wat, das größte religiöse Bauwerk der Erde. In seiner Umgebung liegt die stärkste Konzentration von Tempeln weltweit vor. Immer wieder werden neue Tempelanlagen Touristen zugänglich gemacht. Die Mehrheit der Touristen besucht ausschließlich Angkor, das von der Stadt Siem Reap aus besichtigt werden kann. Reisten im Jahre 1998 noch 10 243 Touristen nach Kambodscha am Flughafen von Siem Reap ein, so waren es 1999 bereits 28.525 direkte Ankünfte.

In Siem Reap entwickelte sich die touristische Infrastruktur rasant. Immer mehr Hotels internationaler Ketten eröffnen dort ihre Häuser. Dennoch ist dem Tourismusministerium viel an der Vermarktung anderer Destinationen gelegen. Vor Ort verlangsamen allerdings finanzielle Probleme die Entwicklung: nur wenige internationale Investoren sind daran interessiert, in die peripheren Ziele zu investieren. Die Ereignisse der Vergangenheit hemmen weiterhin Kambodschas Entwicklung zu einem Reiseland. 20 Jahre Bürgerkrieg haben Kambodscha zu einem der ärmsten Länder der Erde gemacht. Vor und nach den Wahlen von 1993 stieg die Inflationsrate auf 340%, und eine große Zahl von Mittellosen und Arbeitssuchenden zog in die Provinzstädte. Ausländische Investoren verhielten sich angesichts der vielfältigen Probleme des Landes zögerlich. Korruption und Monopolbildungen stellen momentan die größten Hemmnisse der wirtschaftlichen Entwicklung dar. Die Wirtschaftsstruktur hat sich bislang wenig verändert: Das BIP setzt sich zu 51 % aus Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, zu etwa 35 % aus dem Handel und anderen Dienstleistungen sowie zu knapp 14 % aus der Industrie zusammen. Allerdings ist ein Rückgang des inflationären Drucks sowie ein realer Zuwachs des BIP zu beobachten. Ziel der Regierung ist die Verbesserung bzw. der Aufbau finanzieller- und administrativer Strukturen im Land. Besondere Aufmerksamkeit wird der Förderung des Tourismus in allen Regionen geschenkt, von dem man sich hohe Deviseneinnahmen verspricht. Ziel ist, eine stabile Basis für eine weitere touristische Entwicklung zu schaffen.

**Die Tempelanlage von Angkor Wat**

So vollzieht sich die touristische Entwicklung des im Süden an der Küste des Golfs von Thailand gelegenen Badeortes Sihanoukville derzeit nur langsam, obwohl die Qualität der Strände mit denen anderer internationaler Badeorten vergleichbar ist. Das Meer eignet sich ideal für Wassersport wie Segeln, Schnorcheln und Tauchen.

Sihanoukville (ehemals Komong Som genannt) ist somit für Reisende, die ruhige Strände und Beschaulichkeit suchen, ein idealer Badeort. Die touristische Infrastruktur ist verglichen mit Siem Reap noch kaum ausgebaut. Es gibt wenige Hotels/Restaurants des internationalen Standards. Viele Rucksacktouristen besuchen diesen Ort.

Ein zukünftig bedeutender Tourismuszweig kann der Ökotourismus werden. Dafür bietet sich insbesondere die nordöstlichsten Provinz des Landes Rattanakiri an, die im Norden an Laos und im Osten an Vietnam grenzt. Ihr touristisches Potential liegt in den von verschiedenen ethnischen Minoritäten, die Khmer Loeu genannt werden, bewohnten Urwäldern und ihren seltenen Tierarten. Mehrmals in der Woche kann Rattanakiri von Phnom Penh per Flugzeug besucht werden. 1999 sind mehr als 400 Touristen nach Rattanakiri gereist. Dies entspricht einem Wachstum von 40 % gegenüber dem Vorjahr.

Zur Förderung des Tourismus in dieser Region ist der Ausbau des Verkehrsnetzes, einschließlich der Flugverbindungen mit anderen touristischen Destinationen in Kambodscha geplant. Zudem werden voraussichtlich von den Bergvölkern organisierte Dschungeltouren angeboten. Eine Kombination von Touren nach Angkor als kulturellem Highlight und Rattanakiri mit seinem naturgeographischen Potential wird angestrebt.

**Der Königliche Palast von Phnom Penh**

Auch wird der verstärkte Ausbau der kambodschanischen Infrastruktur durch die Regierung unterstützt. So wurde bei der letzten Regierungssitzung ein neues Förderprogramm verabschiedet. Die Pläne beziehen sich in erster Linie auf die Verbesserung der Straßenverhältnisse: die Verbindung zwischen Kompong Thom und der im Dschungel versunkenen Tempelanlage Sambor Prei Kuk soll spätestens bis zum Jahre 2001 durch eine Straße verbessert werden. Momentan ist die 35 km lange Strecke nur mit geländegängigen Fahrzeugen und Krafträdern zu bewältigen. Auch eine neue Straße zwischen Angkor und dem 50 km entfernten Bantey Srei Tempel ist in Planung.

Um eine bessere Anbindung nach Thailand auf dem Landweg zu schaffen, haben am 5. Mai 2000 die Arbeiten zum Ausbau der Straße zwischen Siem Reap und Sisophon begonnen. Mit der Öffnung des Grenzübergangs Poipet/ Aranyaprathet entwickelte sich Sisophon, wo sich die Wege nach Siem Reap und Phnom Penh trennen, zu einem Knotenpunkt für Touristen.

Seit geraumer Zeit gibt es ein Verkehrsabkommen mit den Nachbarländern Thailand, Laos und Vietnam für eine Open Sky Politik. Infolge dessen werden Phnom Penh und Siem Reap von einer steigenden Zahl internationaler Airlines angeflogen. So gibt es mittlerweile fünfmal täglich eine Flugverbindung zwischen Bangkok und Siem Reap. Die laotische Fluggesellschaft Lao Aviation kündigte im neuen Winterflugplan neue Flugverbindungen von der in Südlaos gelegenen Stadt Pakse und der laotischen Hauptstadt Vientiane nach Siem Reap und Phnom Penh an. Vietnam Airlines verbindet Vientiane und Saigon miteinander.

Die enge Zusammenarbeit der Indochina-Länder schafft eine gute Basis für die weitere touristische Entwicklung.

Momentan plant das Tourismusministerium das Jahr 2003 zum Cambodian Tourism Year zu ernennen. Gemäß den ehrgeizigen Plänen des Tourismusministeriums, werden dann 1 Million Besucher erwartet. Um diese Zahl zu ereichen, müssen andere Destinationen in Kambodscha weiter ausgebaut werden und der Schwerpunkt der Vermarktung nicht auf Angkor fokussiert bleiben.

Stand: Oktober 2000

Christiane Heinen M.A. [christianeheinen@hotmail.com] hat am Geographischen Institut der RWTH Aachen studiert. Seit dem 1. 7. 99 ist sie bei der Incoming Agentur *Indochina Services* für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Die Agentur hat offiziell das amtliche Tourist Office Myanmar / Kambodscha in Deutschland übernommen.

# Tagung des Arbeitskreises Südostasien in der DGfG
## Bonn, 14.-16. Juli 2000

***Rolf Jordan***

Vom 14. bis 16. Juli traf sich der Arbeitskreis Südostasien zu seiner diesjährigen Jahrestagung im Geographischen Institut der Universität Bonn. Die von Priv. Doz. Frauke Kraas organisierte Tagung widmete sich der Vorstellung aktueller Forschungsarbeiten zu Südostasien. Der folgende Bericht soll einen kurzen Überblick über das thematische Spektrum der Tagungsbeiträge geben.

Der thematische Schwerpunkt des ersten Panels, moderiert von Prof. Löffler, lag auf der Untersuchung 'geoökologischer und sozioökonomischer Folgen von Bevölkerungswachstum und Rodungen in Nordost-Thailand'. Hierzu gibt es seit 1995 ein von der DFG, dem BMZ und dem National Research Council (NRC) in Thailand gefördertes Gemeinschaftsprojekt von Wissenschaftlern der Universitäten Heidelberg (Prof. Gebhard), Tübingen (Prof. Pfeffer) und der thailändischen Khon Kaen Universität (Prof. Kunurat). Während die einzelnen Forschungsprojekte sowohl innerhalb der physischen Geografie als auch der Wirtschafts- und Sozialgeografie angesiedelt sind, konzentrierten sich die Mehrzahl der Tagungsbeiträge vor allem auf geoökologische Problemstellungen im Untersuchungsgebiet. Nach einer allgemeinen Einführung zur Agrarkolonisation und ihrer Auswirkungen auf das Ökosystem des nordost-thailändischen Khon San-Distriktes (Prof. Pfeffer) berichtete Martina Hittinger in ihrem Vortrag über den Zusammenhang von 'Relief, Böden und Vegetation' in den Petchaboon Mountains; ein Forschungsprojekt, das direkt in dem genannten Forschungsverbund angesiedelt ist. Dies gilt auch für die Forschungen von Andreas Schell, der zu den 'geoökologischen Grundlagen der Landnutzung im Distrikt Phu Pha Man' zur Diskussion referierte.

Die Rolle neuer sozialer Bewegungen im Kontext von Landnutzungskonflikten im Norden Thailands stand im Zentrum des Vortrags von Dr. Paul Reuber, der von Priv.-Doz. Frauke Kraas moderiert wurde und der den ersten Tagungstag abschloß. Dr. Reubers Projekt, das ebenfalls in dem genannten Forschungsverbund angesiedelt ist, untersuchte - ausgehend vom thailandischen 'Forum of the Poor' und deren medienwirksamen Protestaktionen in Bangkok - die regionalspezifischen Aspekte für den relativ hohen Grad der Vernetzung von Protestbewegungen vor allem in diesem Teil Thailands.

Der Samstagmorgen stand ganz im Zeichen der Diskussion der Aktivitäten des Arbeitskreises und der Wahl eines neuen Sprechers. Nach der gemeinsamen Mittagspause wurde die Jahrestagung mit der Vorstellung weiterer Forschungsarbeiten fortgesetzt. Der geographische Fokus der Vorträge erstreckte sich dabei von den Philippinen und Vietnam über Singapur und Indonesien bis nach Thailand. Und auch inhaltlich deckten die Beiträge im Gegensatz zum Vortag ein weiteres Themenspektrum ab. Volker Zimmer ging in seinem Beitrag zur Konversion der ehemaligen US-amerikanischen Militärliegenschaften von Subic Bay und Clark Airfield der Frage nach, welche Strategien und Visionen hinter der Inwertsetzung ehemaliger Militärstützpunkte Philippinen und ihrer Umnutzung als Industrie- und Business-Parks stehen. Im Anschluß daran stellte Claudia Zingerli erste konzeptionelle Überlegungen zu ihrem soeben begonnen Forschungsprojekt vor, das der Frage nach der Bedeutung lokaler Institutionen im Problemkontext von Mensch, Umwelt und ökonomischer Wandlungsprozesse im Norden Vietnam nachgeht. Die Moderation beider Vorträge übernahm Priv.-Doz. Paul Reuber.

Unter dem Titel 'Border Economies zwischen Peripherie und Zentrum' referierte Rolf Jordan über die sozialen Folgen der Einbindung der indonesischen Insel Batam in das südostasiatische SIJORI-Wachstumsdreieck. Dr. Roland Platz, dessen Vortrag den Abschluß des zweiten Tages bildete, stellte in seinem Beitrag Ergebnisse aus einem laufenden Forschungsprojekt zu religiösen Identitäten im Kontext ethnischer Identitätskonstruktionen bei den im Nordosten Thailands lebenden Sgaw-Karen vor. Die Moderation der Vorträge und der anschließenden Diskussion übernahm Prof. Rüdiger Korff.

Zwei Vorträge rundeten die Tagung am Sonntag morgen ab: in ihrem Beitrag zum Thema 'Transnationale Lieben in Indonesien' stellte Priv. Doz. Dr. Judith Schlehe erste Ergebnisse ihrer Forschungen in Yogyakarta und auf Bali vor, die anhand von Liebesbeziehungen zwischen alleinreisenden Touristinnen und einheimischen Männern der Frage nach dem Wandel von Gender-Identitäten und kulurellen Formen in den beiden indonesischen Tourismuszentren nachgehen. Dr. Markus Hassler referierte zur Bedeutung regionaler Business Networks in der indonesischen Bekleidungsindustrie unter dem Aspekt der Integration lokaler Bekleidungsunternehmen in globale Produktionsstrukturen. Moderiert wurden beide Vorträge von Dr. Helmut Schneider.

Die nächste Jahrestagung des Arbeitskreises ist für den 6.-8. Juli des kommenden Jahres in Blaubeuren geplant. Informationen hierzu über die Homepage des Arbeitskreises unter:

*www.guib.uni-bonn.de/aksoa/welcome.html*

# Das deutsch-indonesische Umweltprogramm der GTZ

## Erfahrungsbericht einer studentischen Praktikantin in Indonesien

***Claudia Kuhn***

In den Monaten August/September diesen Jahres arbeitete ich im Rahmen eines sechswöchigen Praktikum beim deutsch-indonesischen Umweltprogramm ProLH (Program Lingkungan Hidup) der GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) in Indonesien. Davon sollte ich zwei Wochen in Samarinda/Ostkalimantan verbringen, die verbleibende Zeit in Yogyakarta/Java.

Ausgangsstation war aber zunächst die stickige, überfüllte Hauptstadt Jakarta. Neben dem Zentralbüro des Projektes, das sich im indonesischen Umweltministerium befindet, war das GTZ-Büro Jakarta erster Bezugspunkt für mich. Dieses befindet sich im Deutsche Bank Building und bietet eine bemerkenswerte Aussicht über die ganze Stadt. Im GTZ-Büro informierte man mich über meine Ansprechpartner vor Ort.

Das deutsch-indonesische Umweltprogramm hat im November 1999 begonnen und ist für eine Laufzeit von 12 Jahren geplant. Das Projekt besteht aus vier Komponenten:

1. Umweltberatung für Industriebetriebe
2. Flussgebietsbewirtschaftung
3. Partizipatives räumliches Umweltmanagement
4. Umweltpolitikberatung

Ziel ist die Verbesserung ausgewählter Umweltmedien durch eine effektive Zusammenarbeit von sowohl staatlicher als auch privater Seite in vier ausgewählten Projektregionen. Dazu zählen der Großraum Jakarta, die Provinzen Ostkalimantan und Mitteljava sowie die Sonderprovinz Yogyakarta. Im Gegensatz zu früheren Projekten der GTZ soll nun verstärkt auf die Entwicklung von Programmen und deren Implementierung eingegangen werden. Daher auch der Name Umweltprogramm.

Zunächst werden Umweltdaten gesammelt und analysiert. Anhand dieser Daten sollen anschließend in Arbeitsgruppen Programme zu den vier genannten Komponenten gebildet werden, als Fortführung der nationalen Agenda 21 für Indonesien auf lokaler Ebene. Um diese umsetzen zu können, ist die Förderung der Zusammenarbeit aller beteiligten Gruppen, der *stakeholder*, notwendig. Darunter fallen die Zentralregierung und deren lokale Vertretungen, die eigenständigen regionalen Regierungs- und Verwaltungsinstitutionen, Industriebetriebe und NGOs sowie die sozialen und religiösen Führungspersönlichkeiten als Vertreter der in den Programmregionen lebenden Bevölkerung.

Die Zusammenarbeit ist von grundlegender Bedeutung, da das Projekt im Zusammenhang mit den Dezentralisierungsprozessen in Indonesien mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert ist. Neue Institutionen entstehen, Zuständigkeiten verschieben sich, Autoritäten sind ungeklärt und überschneiden sich. Die Beamten und Angestellten sind verunsichert, es herrscht zudem Konkurrenz um die vom Ausland mitfinanzierten Projekte. Bilaterale Verträge, die auf Zentralebene in Jakarta abgeschlossen wurden, werden zu lokalen Angelegenheiten. Sowohl auf regionaler als auch auf städtischer Ebene stehen jedoch nicht genügend Mittel zur Verfügung, um die Betriebs- und Wartungskosten des bereits angeschafften technischen Equipments zu finanzieren.

In Samarinda, der Provinzhauptstadt von Ostkalimantan, werden diese Probleme seit längerem besonders von dort ansässigen GTZ-Projekte wie dem *Integrated Forest Fire Management*-Projekt erfahren. Der Projektalltag besteht zu einem sehr großen Teil aus organisatorisch-strukturellen und diplomatischen Herausforderungen, bevor tatsächlich technische Arbeit geleistet werden kann.

Zu meinen Aufgaben in Samarinda gehörte die Übersetzung des Operationsplanes sowie die Darstellung und der Vergleich der im Zusammenhang mit der Dezentralisierung stehenden Schwierigkeiten mehrerer GTZ-Projekte in Form von Projektprofilen. Für den Standort Yogyakarta erstellte ich eine Adressenliste der im Umweltbereich aktiven Gruppen, führte zahlreiche Interviews mit NGO-Vertretern und analysierte den Jahresreport der lokalen Umweltbehörde vor dem Hintergrund seiner gesetzlichen Richtlinien.

Der Zeitraum von sechs Wochen war auf jeden Fall zu kurz bemessen, denn es braucht Zeit, um sich einzuarbeiten, zu akklimatisieren und organisatorische Dinge zu regeln. Auch für die indonesische Auffassung von Zeit, Terminen, Arbeit und Zuverlässigkeit, die sehr von unserem Verständnis abweichen kann, bedarf es einer gewisse Gewöhnung.

Dann erst ist effektive Mit- und Zusammenarbeit möglich. Zu beachten ist dabei allerdings, dass für einen Indonesienaufenthalt, der länger als zwei Monate dauert, ein Visum benötigt wird, dessen Bearbeitungszeit bis zu einem Jahr dauern kann. Eine alternative Möglichkeit besteht darin, nach zwei Monaten nach Singapur auszureisen und mit einem neuen Touristenvisum wieder einzureisen.

Zur Finanzierung des Praktikums habe ich eine persönlich mit dem Projektleiter vereinbarte Pauschale erhalten. Es kann davon ausgegangen werden, dass Reise-, Unterkunft- und Verpflegungskosten dadurch gedeckt werden können. Die GTZ-Projekte sind in erster Linie technische Projekte. Daher werden vor allem Experten in technischen Bereichen benötigt. Für die Organisation und Koordination mit den indonesischen *Counterparts* sehe ich es allerdings angesichts der o.g. Probleme als zwingend erforderlich an, dass darüber hinaus auf Personal mit guten Landes-, Sprach- und Kulturkenntnissen zurückgegriffen werden kann. Englisch ist Voraussetzung für eine gelungene Zusammenarbeit. Landessprachliche Kenntnisse sind sehr hilfreich, da die Daten größtenteils nur in indonesischer Sprache vorliegen. Ebenso wichtig ist es, sich bereits im Vorfeld genau über die Projektinhalte zu informieren. Auf diese Weise erhält man eine Vorstellung davon, wie die spätere Arbeit aussehen kann, zudem lassen sich die eigenen Vorstellungen und Ziele besser formulieren. Eine Bewerbung sollte direkt beim Projekt erfolgen. Adressen sind über die GTZ-Zentrale in Eschborn zu bekommen.

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Ich persönlich kann ein GTZ-Praktikum nur empfehlen. Auf diese Weise habe ich nicht nur einen Einblick in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bekommen, sondern auch Indonesien nochmals von einer ganz anderen Seite kennengelernt. Auch wenn die Zeit teilweise viel Geduld und Nerven beansprucht hat – so z.B. aufgrund der täglich mehrmals abstürzenden Rechner, der häufigen Stromausfälle, der vergeblichen Telefonaten oder der ewigen Suchen nach veralteten Adressen – hat es doch immer wieder Spaß gemacht, sich für die Projektarbeit zu engagieren.

Claudia Kuhn [Claudia.Kuhn@uni-koeln.de] ist Studentin am Malaiologischen Apparat der Universität zu Köln. Sie hat im Rahmen eines DAAD-Stipendiums bereits 1998/1999 ein Jahr in Yogyakarta/Indonesien studiert.

## Praktikumsangebot

INDOCHINA SERVICES
AMERICAS - EUROPE - ASIA
Vietnam ▪ Cambodia ▪ Laos ▪ Myanmar

BOOKING OFFICE EUROPE:
Enzianstr. 4a, 82319 Starnberg/Germany

**Wir bieten:**

- Abwechslungreiches und selbständiges Arbeiten
- Verschiedene Arbeitsbereiche z.B.
  Buchung, Kundenakquisition,
  Unterstützung der Presseabteilung
- Praktikumsbegleitende Betreuung
- Gutes Betriebsklima
- Vergütung: 800 DM monatlich
- Dauer: 4-6 Monate

**Wir sind:**

...eine erfolgreiche Incoming Agentur für die Länder Myanmar, Laos, Kambodscha und Vietnam mit Sitz in Starnberg / München.
Tourist Offices Myanmar und Kambodscha

**Was wir erwarten:**

- ✓ gute Englischkenntnisse
- ✓ Umgang mit dem PC
- ✓ selbständiges Arbeiten

**Ausführliche Infos unter Telefon:**
**08151 - 77 02 22**